

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

213 (12.9.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Ercheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.86, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgan

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3. / 52. Jahrgang

Mittwoch, den 12. September 1951

9r. 213



Prof. Heuss zwei Jahre Bundespräsident

Postbeschränkungen halten an

Verkehr Berlin-Helmstedt zurückgegangen

Berlin (UP). Der Lastkraftwagenverkehr zwischen Berlin und Helmstedt ist seit Einführung der Besteuerung von Fahrzeugen westlicher Herkunft um 50 Prozent zurückgegangen. Der Omnibusverkehr verringerte sich um 20 Prozent. Wie der Verein der Berliner Autobesitzer bekanntgab, sind in Marienborn fünf moderne Reiseomnibusse der Linie Berlin-Düsseldorf von der Volkspolizei beschlagnahmt worden. Sieben Fahrer und ein Reiseleiter wurden zur Überprüfung der Personalausweise festgehalten und in das Gefängnis Haldensleben bei Magdeburg eingeliefert, weil sie angeblich illegale Personentransporte abgewickelt haben.

Die Beschränkungen des Postpaketverkehrs Bundesrepublik-Berlin durch östliche Kontrollorgane wurden fortgesetzt. 16 der 21 Wagen des Postzuges Berlin-Hannover wurden nach Berlin zurückgeschickt. Das gleiche Schicksal teilten neun von 19 Waggons des Gegenzuges. Insgesamt waren jetzt in Berlin 68 Postwaggons auf ungehinderte Fahrt nach dem Westen. Als Begründung für ihre Zurückweisung erklärte die Volkspolizei diesmal, die Pakete seien „zu lang und zu schwer“. Im Stadtgebiet von Berlin erhöhten die Behörden des sowjetisch besetzten Sektors mit der Errichtung von zwei neuen Straßensperren die Gesamtzahl der Sperren an Westberliner Sektorengrenzen auf etwa 170.

Zuchthaus für 14 Jugendliche

14 Jugendliche sind nach Mitteilung des Amtes für gesamtdeutsche Studienfragen Ende vergangenen Monats vom Latvigerichthaus zu 8 bis 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie angeblich mit der „Kampftruppe gegen Unmenschlichkeit“ zusammengearbeitet, die Regierung der Sowjetzone diffamiert und Propagandamaterial verteilt haben. Der Prozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Volksstaatsanwalt hat gegen die Urteile Revision beantragt, da das Strafmaß „unter den Erwartungen“ liege.

Regierungskrise in Finnland

Helsinki (UP). Der finnische Ministerpräsident Kekkonen hat mitgeteilt, daß er wahrscheinlich mit seinem Kabinett zurücktreten werde, wenn Staatspräsident Paasilinna aus dem Urlaub zurückkehrt. Das Kabinett ist eine Koalitionsregierung der Bauernpartei mit den Sozialisten, zwischen denen in wirtschaftlichen Dingen erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ursprünglich hatten die Koalitionsparteien beschlossen, bis Ende des Monats einen „Burgfrieden“ einzuhalten und die Empfehlungen eines Wirtschaftsausschusses abzuwarten. Diese Abmachung ist jetzt anscheinend umgestoßen worden.

Wahlen in Argentinien

Buenos Aires (UP). Die argentinische Regierung hat den Termin für die allgemeinen Wahlen auf den 11. November gelegt. Bei der Wahl finden erstmals drei neue Bestimmungen Anwendung: Die Frauen sind stimmberechtigt, der Präsident, Vizepräsident und die Senatoren und Abgeordneten werden in direkter Wahl gewählt und die argentinischen Territorien dürfen an der Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten teilnehmen. Nach dem neuen Wahlgesetz werden die Abgeordneten auch erstmals in Wahlbezirken gewählt. Aus den Wahlen werden 136 Abgeordnete und 30 Senatoren hervorgehen. Den Minderheitsparteien, wie Radikalen, Konservativen, Sozialisten und Kommunisten wird die Entsendung je zweier Vertreter aus der Stadt Buenos Aires und den Provinzen Buenos Aires, Cordoba, Santa Fe und Entre Rios garantiert.

Keine Auslieferung von Fremdenlegionären

Freigrenze für Pfändungen erhöht - Beschlüsse des Bundeskabinetts

Bonn (ZSH). Der Bundeskanzler empfing den Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft Fritz Rettig zu einer längeren Aussprache über soziale Fragen. Generaloberst Frießner berichtete anschließend Dr. Adenauer über die Aufgaben und Ziele des von ihm geführten Verbandes Deutscher Soldaten.

Über den Inhalt beider Gespräche unterrichtete der Bundeskanzler sogleich das Kabinett, das am Dienstag eine längere Sitzung hatte. Dabei betonte er die Notwendigkeit, die Soldatenbünde zu einer positiven Einstellung gegenüber dem Staat zu bewegen, soweit diese nicht schon vorhanden sei. Es sei erforderlich, ihre weitere Entwicklung genau zu beobachten.

Nach eingehender Erörterung der innerpolitischen Lage billigte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf, wonach die Freigrenze für Pfändungen von Arbeitseinkommen um zwanzig Prozent erhöht wird. Bei Unverarbeiteten soll das Monatseinkommen bis 150 DM nicht gepfändet werden können.

Nach einem vom Kabinett gebilligten deutsch-französischen Auslieferungsabkommen brauchen deutsche Angehörige der Fremdenlegion, die in die Bundesrepublik desertiert sind, nicht mehr ausgeliefert zu werden, sofern sie sich nicht krimineller Delikte schuldig gemacht haben. Die französischen Behörden in Deutschland dürfen auch in der Bundesrepublik keine deutschen Staatsangehörigen mehr verhaften, die in Frankreich kriminelle Delikte begangen haben und deshalb gesucht werden. Für die Festnahme und Auslieferung dieser Personen sind deutsche Polizeibehörden zuständig. Das Abkommen ist von deutschen und französischen Sachverständigen kürzlich ausgearbeitet worden und muß noch vom Bundestag ratifiziert werden.

Wie ein Sprecher des Bundesjustizministeriums mitteilte, sollen auch Saarländer nicht ausgeliefert werden, da sie nach deutschem Recht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Staatsangehörige beider Länder, die nach dem Gesetz des Gastlandes bestraft werden können, brauchen ebenfalls nicht

ausgeliefert zu werden. Ausgenommen sind Personen, die ein Attentat auf das Staatsoberhaupt oder Regierungsmitglieder verübt haben. Sie werden ohne Rücksicht auf ihre Nationalität ausgeliefert. Der Sprecher betonte, daß die Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes über die Auslieferung durch das neue Abkommen nicht außer Kraft gesetzt werden.

Das Auswärtige Amt hat dem Kabinett eine Liste von Personen zugeleitet, die als deutsche Botschafter und Gesandte vorgesehen sind. Diese Liste soll nach der Billigung durch das Kabinett an den Bundespräsidenten zur Unterzeichnung weitergeleitet werden. Nach den Gepflogenheiten der internationalen Diplomatie wurden die Namen der vorgeschlagenen deutschen Auslandsvertreter noch nicht bekanntgegeben.

Waffenrecht für Zollbeamte

Die Bestimmungen der Alliierten über den Waffengebrauch der Zollbeamten sind aufgehoben worden. Es gilt jetzt wieder für das ganze Bundesgebiet einheitlich das Gesetz über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals von 1921. Danach können Zollbeamte von der Waffe Gebrauch machen, um einen Angriff oder eine Bedrohung mit Gefahr für Leib und Leben abzuwehren, ferner zur Überwindung gewaltsamen Widerstandes gegen in rechtmäßiger Dienstausübung getroffene Maßnahmen und zum Anhalten flüchtiger Personen.

Mittelstandsblock wird aktiv

Der am vergangenen Wochenende gegründete Deutsche Mittelstandsblock will demnächst den Regierungsteilen seine Forderungen vorlegen. Der Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer, Dr. Handschumacher, teilte mit, der Mittelstandsblock sei keine neue Partei, wolle aber als Vertreter mehrerer Millionen Menschen in den geplanten wirtschaftlichen Gremien, bei der Bundesregierung und im Bundeswirtschaftsrat Einfluß gewinnen. Hauptforderung des Mittelstandsblocks sei die Ausdehnung der sozialen Markt- und Wohnungswirtschaft.

Eine Charta der Vertriebenen

Gesetzentwurf für Rechtsstellung und Betreuung der Flüchtlinge

Bonn (UP). Der Regierungsentwurf eines Bundes-Vertriebenengesetzes liegt dem Parlament zur Beschlussfassung vor. Man hofft in Bonn auf eine baldige Verabschiedung der „Charta der Vertriebenen und Flüchtlinge“ durch Bundestag und Bundesrat, damit die Rechtsstellung und Betreuung der Heimatvertriebenen so schnell wie möglich im ganzen Bundesgebiet einheitlich geregelt werden kann.

Nach dem Gesetz ist Vertriebenen, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie oder in den Gebieten außerhalb der deutschen Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit dem Ereignissen des zweiten Weltkrieges durch Flucht, Ausweisung oder Aussiedlung verlassen mußte. Ferner werden diejenigen, die von 1933-1945 aus politischen Gründen aus den erwähnten Gebieten emigrierten, als Vertriebene anerkannt. Im Gegensatz zu den bisherigen Gesetzen anerkennt der Gesetzentwurf die deutschen Staatsangehörigen, welche die sowjetische Besatzungszone verließen, als „Flüchtlinge“, wenn sie wegen einer drohenden Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit ihren Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder in Ostberlin aufgeben mußten.

Die Umsiedlung soll grundsätzlich freiwillig erfolgen. Die Familien-, Haushalts- und Lebensgemeinschaft soll gewahrt und alle Berufs- und Personengruppen sollen an der Umsiedlung beteiligt werden. Ferner soll es den vertriebenen Handwerkern erleichtert werden, sich wieder in ihrem alten Beruf zu betätigen. Die Öffentliche Hand soll bei Verpachtung und Vermietung von Grund und Boden und Betrieben für die gewerbliche Nutzung sowie bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen Vertriebene und Flüchtlinge

bevorzugt behandeln. Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, arbeitslose Vertriebene und Flüchtlinge bevorzugt und langfristig einzustellen.

In dem Gesetzentwurf wird ferner die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu erwirken, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge bei der Zuteilung von Wohnraum besonders berücksichtigt werden. Durch Beihilfen für Flüchtlingsbetriebe, die der Bundesbildungsminister ausübt, soll der Wegfall der Steuervergünstigung für die Selbstfinanzierung bei Vertriebenen- und Flüchtlingsbetrieben ausgeglichen werden.

CARE-Vertrag unterzeichnet

In Bonn wurde ein Vertrag zur Regelung der weiteren Einfuhr und Verteilung von CARE-Paketen in der Bundesrepublik von dem Direktor der CARE-Organisation French und dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium Bleck unterzeichnet. Der neue Vertrag tritt an die Stelle des bisherigen zwischen der CARE-Organisation und den Besatzungsbehörden abgeschlossenen Vertrages. French erklärte vor der Presse, bis Ende 1950 seien insgesamt 6,25 Millionen CARE-Pakete im Werte von rund 62 Millionen Dollar im Bundesgebiet verteilt worden. In die Ostzone hat die amerikanische CARE-Organisation von November 1949 bis Ende 1950 etwa 100 000 Pakete verschickt. Insgesamt sind 12,5 Millionen CARE-Pakete an Hilfsbedürftige in aller Welt verteilt worden. Dafür sind 125 Millionen Dollar durch freiwillige Spenden aufgebracht worden, 90 Prozent davon durch das amerikanische Volk.

Der Bundeskanzler empfing Mr. French, um ihm im Namen der Bundesregierung für die dem deutschen Volk in den Jahren der Not geleistete Hilfe und die Absicht der CARE-Organisation zu danken, diese Hilfe fortzusetzen.

Bonn greift nicht in den Streik ein

Offener Brief für Gewerkschaften „uninteressant“ - Keine Ausdehnung beabsichtigt

Bonn (UP). Bundesarbeitsminister Storch berichtete dem Bundeskabinett über die Streiklage in Hessen. Die Bundesregierung vertritt die Ansicht, daß sie nicht direkt zuständig sei, solange der Streik nicht auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werde. Vorstandsmitglieder des DGB werden am Dienstag mit Bundestagsabgeordneten, die den Gewerkschaften angehören, Fragen des Bundeswirtschaftsrats, der Wirtschaftskammer und des Betriebsverfassungsgesetzes erörtern. Zu dem offenen Brief des Vorsitzenden der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberver-

bände, Dr. Raymond, an den DGB-Vorsitzenden Fette, in dem Raymond eine Fortsetzung der Limburger Besprechungen anregt, wurde im DGB-Bundesvorstand erklärt, ein Brief Dr. Raymonds liege beim DGB nicht vor. Ein offener Brief aber sei für die Gewerkschaften uninteressant. Dagegen unterstrich der Vorsitzende des Bundesvorstandes der IG Metall, Freitag, erneut die Bereitschaft der Gewerkschaft, erst mit dem Arbeitgeberverband an einen Tisch zu setzen und über die strittigen Fragen zu verhandeln. Persönlich sei er zusehen eine Zwangsschlichtung, da mit „lesen

Was der Soldaten-Verband will

Ein Gespräch mit Generaloberst a. D. Frießner
Der deutsche Soldat wäre bereit, noch einmal die Waffe in die Hand zu nehmen und einen Beitrag zur Verteidigung seiner Heimat und der westlichen Welt zu leisten, wenn seine Wiederbewaffnung auf der Grundlage der absoluten deutschen Gleichberechtigung erfolgt.

Mit diesen Worten umriß Generaloberst a. D. Frießner in einem Gespräch mit unserem Bonner Vertreter die Haltung des neuen Verbandes deutscher Soldaten in der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages. Frießner ist bekanntlich vor kurzem zum ersten Vorsitzenden des Verbandes gewählt worden, in dem alle maßgeblichen deutschen Soldatenorganisationen zusammengeschlossen sind. Deren Mitgliederzahl auf insgesamt 2,6 bis 3 Millionen beziffert wird. „Wir anerkennen die Notwendigkeit der Verteidigung unserer Heimat unter den gleichen Voraussetzungen, wie sie die Völker der westlichen Welt für sich in Anspruch nehmen“, erklärte der 59jährige Generaloberst, der im letzten Weltkrieg in Dienststellungen vom Divisionskommandeur bis zum Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe Verwendung gefunden hatte.

An seine Aussprache mit dem Bundespräsidenten anknüpfend, betonte Frießner mit besonderem Nachdruck, daß sich der Verband deutscher Soldaten von aller Parteipolitik fernhalten und auf gar keinen Fall zur Feindschaft einer neuen Partei werden wolle. „Wir stehen jenseits aller Parteipolitik für den Aufbau und den Bestand unseres demokratischen Staates ein und streben die Einheit Deutschlands in einem freien und geeinten Europa an“. Nachdem Professor Heuss bereits seine Befriedigung über diese Absicht des Soldatenverbandes ausgedrückt, will Generaloberst Frießner nach einer Aussprache mit dem Bundeskanzler nun auch noch den Oppositionsführer Dr. Schumacher über die Ziele und das Wesen des neuen Verbandes ins Bild setzen. Mit dem DGB-Vorsitzenden Fette will Frießner ebenfalls möglichst bald persönlich Kontakt aufnehmen.

Eine der Hauptfragen des Soldatenverbandes gelte den noch immer in fremdem Gewahrsam befindlichen ehemaligen deutschen Soldaten und ihren Angehörigen, bemerkte der Generaloberst, der sich nach Angaben seiner Mitarbeiter schon seit seiner eigenen Entlassung aus einem Kriegsgefangenenlager für die Freilassung aller deutschen Soldaten eingesetzt hat. „Wir treten für Recht und Freiheit ein und schließen dabei alle noch in fremdem Gewahrsam befindlichen Deutschen ein“. Frießner betonte dabei, daß seine Forderung sich selbstverständlich auch auf die wegen angeblicher Kriegsverbrechen festgehaltenen Soldaten beziehe.

Allen rechts- und linksradikalen Elementen habe der neue Verband abgeschrieben und werde seine Haltung zu bestimmten Politikern im Nachkriegsdeutschland, die aus ihrer militärischen Vergangenheit politisches Kapital zu schlagen suchten, in Kürze eindeutig und in aller Öffentlichkeit darlegen, sagte Frießner.

Der neue Verband hofft auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Soldatenverbänden im Ausland. „Wir sind bereit, bei gegenseitiger Achtung allen Soldaten der freien Welt die Hand zu reichen und mit ihnen eine enge Zusammenarbeit im Sinne der europäischen Schicksalsgemeinschaft zu pflegen“.

Zur Frage der Mitgliedschaft ehemaliger SS-Angehöriger im Verband deutscher Soldaten erklärte dessen Vorsitzender, daß es sich hierbei natürlich nur um die früheren rein militärischen Formationen der Waffen-SS handeln könne. Der Sicherheitsdienst (SD) und die nationalsozialistischen Totenkopfverbände der SS hätten im Soldatenverband keinen Platz. „Die ehemaligen Soldaten der Waffen-SS hingegen, die ebenso tapfer und als gute Patrioten ihr Leben für das gemeinsame Vaterland eingesetzt haben, können nicht aus unserer soldatischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Mit einem Ausschluß würde man sie nicht nur kameradschaftlich treffen, sondern sie auch künstlich in eine politische Opposition — und damit in die Arme der Extremisten — treiben und das wäre fraglos ein großer politischer Fehler“.

Verfahren in der Weimarer Republik nicht die besten Erfahrungen gemacht worden seien. Eine Stellungnahme der Arbeitgeberseite war bisher nicht zu erhalten.

Der Vorstand der IG Metall in der Bundesrepublik will den streikenden hessischen Metallarbeitern, soweit sie jünger als 30 Jahre und unverheiratet sind, empfehlen, Arbeitsangebote aus dem Ausland anzunehmen. Ein endgültiger Beschluß hierüber ist Anfang nächster Woche zu erwarten. Wie der Vorsitzende des Bundesvorstandes der IG Metall Freitag, betonte, erwartet die Industrie-Gewerkschaft Metall zunächst noch kein Ende des Streiks. Eine Ausweitung des Streiks auf andere Bundesländer, zum Beispiel auf Rheinland-Pfalz, wurde in der Sitzung des Bundesvorstandes nicht beschlossen. Freitag sagte hierzu, der Konflikt der Gewerkschaft mit dem Arbeitgeberverband werde zunächst ausschließlich in Hessen ausgetragen. Beim hessischen Metallarbeiterstreik zehe es nicht

mehr ausschließlich um die Lohnfrage. Die Gewerkschaften müßten sich nunmehr vor allem gegen die „grundsätzlich undemokratische Haltung“ der Arbeitgeberverbände zur Wehr setzen, die generell jede weitere Lohn-erhöhung ablehnen wollten.

Der Vorsitzende der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Raymond, erstattete Bundeskanzler Adenauer Bericht über die Streiklage in Hessen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen.

Die Werksleitung der Opel-AG in Rüsselsheim wandte sich erneut in einem Fernschreiben an den hessischen Innenminister wegen eines polizeilichen Schutzes für die arbeitswilligen Arbeitskräfte. Wie von der Betriebsleitung der MAN in Mainz-Gustavsburg mitgeteilt wird, sollen sich größere Gruppen von Arbeitswilligen zusammengerotet haben und gegen den Willen der Streikposten ins Werk eingedrungen sein, um die Arbeit wieder aufzunehmen.

VOM TAGE

Die argentinische Regierung ließ durch ihren Generalkonsul in Bonn, Bosanti, mitteilen, daß sie den Kriegszustand mit Deutschland beendet hat.

Der DGB-Vorsitzende Fette begibt sich auf dem Luftwege nach den USA, um am Kongreß der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation AFL teilzunehmen.

Dr. Josef Lassi, der inzwischen angeblich entlassene Sendeleiter des Senders Salzburg, hatte beim Bundestreffen der Heimkehrer in Bonn erklärt, daß er sich noch immer an seinen 1938 für die deutsche Wehrmacht geleisteten Eid gebunden fühle.

6000 arbeitslose Ärzte gibt es zur Zeit im Bundesgebiet, wie der Leiter der Gesundheitsabteilung im Bundesinnenministerium, Professor Redeker, mitteilte. 10 000 bis 11 000 Ärzte seien nicht voll beschäftigt.

Prinz Ernst Aschwin zu Lippe-Biesterfeld heiratete in der Westminister-Abtei Simone Louise Watdorf, Tochter eines französischen Seeoffiziers. Prinz Bernhard der Niederlande, der Bruder des Bräutigams, war Trauzeuge.

König Gustaf Adolf von Schweden wollte seinen Tag in Kopenhagen zum Besuch des sächsischen Königs paares.

König Georg VI. von England muß sich wegen seiner Lungen wieder in ärztliche Behandlung begeben.

Der frühere US-Flugzeugträger „Langley“ lief in Toulon ein, wo er in einen französischen Flottenverband eingereiht wird. Der Träger erhielt nun den Namen „Lafayette“.

Neuseeland leistet als erster Überseestaat der Einladung des Europa-Rats Folge und wird zur nächsten Sitzung der Konsultativversammlung einen offiziellen Beobachter entsenden.

Die größten Luftmanöver seit Kriegsende werden Luftstreitkräfte und Flak von acht Atlantikpakt-Staaten in den letzten September-Tagen über Westdeutschland und verschiedenen westeuropäischen Staaten abhalten.

Paul Katscher, der frühere stellvertretende österreichische Verkehrsminister, ist in einem sowjetischen Konzentrationslager gestorben.

Tschechischer Zug rast über die Grenze

106 Reisende kamen illegal nach Bayern

Hof (UP). In einer tollen Fahrt hatte ein tschechischer Lokomotivführer den Zug Eger-Asch, der drei Schnellzüge und einen Packwagen führte, von der Strecke abgeleitet und illegal über die Grenze zum bayerischen Bahnhof Selb-Plößberg geführt. Neben dem Lokomotivführer wollen etwa zwanzig Reisende in Westdeutschland bleiben, während 86 der untreuwillig nach Deutschland gekommenen Reisenden in die CSR zurückkehren wollen. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der bayerischen Grenzpolizei, dem US-Resident-Offizier sowie dem Vorstand des Bahnhofs Asch, um einen neuen Lokomotivführer nach Selb-Plößberg zu bekommen, der den Zug wieder zurückführen soll. Der US-Kreisoffizier in Regau, Austin Martin, teilte mit, daß der Lokführer eine tote Güterstrecke zur Fahrt über die tschechische Grenze benutzt habe. Während der abenteuerlichen Fahrt war es den Passagieren nach Feststellungen Martins nicht möglich, die Notbremse zu ziehen, da der Lokomotivführer zuvor die Bremsleitungen durchgeschnitten hatte.

Unklare „Spionage-Geständnisse“

Bukarest (UP). Im Prozeß gegen zehn ehemalige leitende Politiker und hohe geistliche Würdenträger, der gegenwärtig vor einem Militärgericht in Bukarest stattfindet, haben sich sieben der Angeklagten des Hochverrats schuldig bekannt. Während der Vernehmungen sagte Dr. Toba, Gesundheitsminister unter König Carol und noch im Jahre 1946 liberaler Parlamentsabgeordneter, aus, im April 1949 hätten die Amerikaner an Bord eines Schiffes in der Adria eine geheime Zusammenkunft zwischen Tito und Graf Storza arrangiert, bei der Tito sich bereit erklärt habe, auf Triest zu verzichten. Andere Angeklagte haben ausgesagt, sie hätten für den Vatikan und für Italien Spionage getrieben.

Öl-Ultimatum zurückgehalten?

Teheran (UP). Der Schah empfing den britischen Botschafter Sir Francis Shephard, der ihm offiziell den Entschluß der Bank von England übermittelte, daß Iran keine Sterling-Guthaben mehr in Dollar umtauschen darf. Ministerpräsident Mossadeg wurde vom amerikanischen Botschafter Grady aufgesucht, der anschließend mit seinem britischen Kollegen zusammentraf.

Nach bisher unbestätigten Berichten hat die iranische Regierung das an Großbritannien gerichtete Ultimatum noch nicht abgeschickt. Frühere Meldungen, wonach das Ultimatum bereits an Averell Harriman unterwegs sein soll, wurden ebensowenig bestätigt. Nach britischen Informationen soll Harriman sich gezwungen haben, das Ultimatum nach London weiterzuleiten.

Bundespräsident stiftet Verdienstorden

Verleihung in fünf Klassen - Für politische, wirtschaftliche und geistige Dienste

Bonn (UP). Bundespräsident Heuss hat anläßlich des zweiten Jahrestages der Bundesrepublik den „Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland“ gestiftet.

Der Orden wird als Verdienstkreuz, Großes Verdienstkreuz und Großkreuz verliehen für Leistungen, „die im Bereich der politischen, der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit dem Wiederaufbau des Vaterlandes dienen“. Er ist ein rot emailliertes, goldgefäßtes schlaaktes Kreuz, in dessen Mitte der Bundesadler auf rotem Schild aufgesetzt ist. Das Band des Ordens ist rot mit schwarz-rot-goldenem Rand.

Das Großkreuz wird an einem breiten von der rechten Schulter zur linken Hüfte führenden Band getragen. Dazu gehört ein sechs-zackiger goldener Bruststern. Das Große Verdienstkreuz wird an einer Schärpe als vier-zackiger goldener Stern getragen. Als „Großes Verdienstkreuz am Bande“ wird es um den Hals getragen. Das Verdienstkreuz wird an der linken Brustseite und als „Verdienstkreuz am Bande“ an einem schmalen Band an der linken Brustseite gezeigt. Die Kreuze, die also insgesamt in fünf Klassen ausgegeben werden, unterscheiden sich auch in der Größe, wobei das Großkreuz einen Durchmesser von sieben Zentimeter hat.

Der Verdienstorden wird vom Bundespräsidenten verliehen, vorschlagsberechtigt sind die Leiter der obersten Landesbehörden sowie die Präsidenten des deutschen Bundestages und Bundesrates. Eine Verleihung ist für die nächste Zeit noch nicht vorgesehen, teilte hierzu ein Sprecher der Bundespräsidialkanzlei mit. Der Bundespräsident habe seine Stiftung für zweckmäßig angesehen, um die Bundesrepublik gegenüber „der puritanischen und glanzlosen Weimarer Zeit“ herauszuheben.

Kriegsorden ohne Hakenkreuz

Im Gespräch mit einigen Journalisten wandte sich Bundespräsident Heuss mit aller Entschiedenheit gegen Bestrebungen, das Tragen von Kriegsauszeichnungen in unveränderter Form — das heißt mit allen nationalsozialistischen Emblemen — zu erlauben. Er erklärte: „Das Hakenkreuz ist so sehr mit dem

deutschen Gesamtbild und mit soviel Schande für uns Deutsche verbunden, daß es nicht als Würdeseichen in Deutschland Verwendung finden darf. Nach meiner Ansicht darf kein Kriegsauszeichnung ohne Hakenkreuz haben.“ Gleich-zeitig kündigte der Bundespräsident eine grundsätzliche Entscheidung über die Berechtigung zum Tragen von Kriegsauszeichnungen an, sobald ihm von den Gruppen der Beteiligten — dem Soldatenverband, den Kriegsveteranen u. a. — entsprechende Vorschläge übermittelt worden seien. Die Eisernen Kreuze sollten lediglich die Jahreszahl 1938 aufweisen, meinte Heuss, und neben ihren verschiedenen Formen nur noch die reinen Tapferkeitsauszeichnungen getragen werden, nicht dagegen die sogenannten „Anwesenheits-Orden“ wie Narvik-Schild, Afrika-Band u. dgl.

Der Bundespräsident deutete im weiteren Verlauf der Unterredung an, daß er den Gedanken einer Neustiftung des Friedens-Pour-le-mérite noch nicht aufgegeben habe.

Staatsbewußtsein im Wachsen

Im Hinblick auf den zweiten Jahrestag seiner Wahl zum Bundespräsidenten äußerte sich Heuss zuversichtlich über das wachsende Staatsgefühl in Deutschland, warnte aber gleichzeitig vor dem gefährlichen Einfluß, den Interessengruppen auf den Staat nehmen könnten. Der Mißbrauch des Staatsgefühls in den vergangenen Jahren habe zu einer inneren Abwehrhaltung gegen den Staat geführt. Darüberhinaus hätten Millionen heimatloser Menschen zu diesem neuen Staat aus verständlichen Gründen noch kein Heimatgefühl finden können. Aber gerade dieses Heimatgefühl sei ein wesentliches Fundament des Staates. Die Aufgabe einer Entkrampfung der Deutschen sei zunächst gelungen, doch hätten sich bald neue Verkrampfungen in Parlament und Öffentlichkeit ergeben. Das Fehlen einer echten Selbstverwaltung der kleinen Gemeinden und der Mangel an Mäzementum — auch des Staates — habe vielleicht auch zu den bestehenden Schwierigkeiten bei der schnellen Bildung eines echten Staatsgefühls beigetragen.

Konferenz hinter verschlossenen Türen

Morrison und Schuman bei Acheson - Moskau „warnt“ die Franzosen

Washington (UP). Der amerikanische Außenminister Acheson und Botschafter Morrison trafen am Dienstag zuerst mit Außenminister Morrison und dann mit Außenminister Schuman zusammen. Am Mittwoch folgt eine „Vollkonferenz“ der drei Minister. Die Tatsache, daß an ihr die drei Hochkommissare in Deutschland teilnehmen werden, dürfte als Beweis dafür anzusehen sein, daß Deutschland im Vordergrund der Beratungen stehen wird.

Nach der über zweiwöchigen Unterredung Achesons mit Morrison gab das State Department nur eine kurze Erklärung heraus, in der es hieß, daß über fernöstliche und europäische Wirtschaftsfragen und über die Wiederbewaffnungsprobleme der Westmächte beraten worden sei. Später äußerte dazu ein Beamter des State Department, daß auch über das kommunistische China und die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea gesprochen wurde. Morrison zog zu einem Teil der Besprechungen auch Schatzkanzler Taitzell hinzu, der nach Angaben eines leitenden Beamten über die Dollarprobleme und die Währungsfinanzierung Westeuropas gesprochen habe.

Der französische Außenminister Schuman und seine Berater sprachen mit Acheson über Deutschland, Indochina, den italienischen

Friedensvertrag und Marokko. Auch der Schumanplan stand zur Debatte.

Der sowjetische Außenminister Wjatschinskij überreichte dem französischen Geschäftsträger in Moskau eine Note, in der die Sowjetunion darin auf die angeblichen Gefahren einer Wiederbewaffnung Deutschlands hinweist und Frankreich des Verstoßes gegen den Geist der französisch-sowjetischen Freundschaftspaktes bezichtigt.

De Gasperi in New York

Der italienische Ministerpräsident de Gasperi ist in New York eingetroffen. Er befindet sich auf dem Wege nach Ottawa, um an der dort stattfindenden Atlantikpakt-Konferenz teilzunehmen. De Gasperi verlas bei seiner Ankunft eine kurze Erklärung, in der er daran erinnerte, daß er nach der Ottawa-Konferenz nach Washington kommen werde, um mit Präsident Truman zusammenzutreffen.

Britische, kanadische, französische und amerikanische Militärfachleute nahmen in Washington die Besprechungen über die Standardisierung der Handfeuerwaffen wieder auf. Im vergangenen Monat ist es den Verteidigungsministern der drei Mächte bei einer Zusammenkunft in Washington nicht gelungen, sich auf einen gemeinsamen Infanterie-Karabiner zu einigen.

Verlegung des Verhandlungsorts abgelehnt

Kommunistische Antwort an Ridgway - UN-Flugzeug beschloß Kaesong

Seoul (UP). Das kommunistische Oberkommando in Korea hat nach einer Meldung von Radio Peking den Vorschlag General Ridgways nach Verlegung der Waffenstillstandsverhandlungen an einen anderen Konferenzort als „unannehmbar“ abgelehnt.

Ridgway wird vorgeworfen, mit seinem Vorschlag versucht zu haben, sich der Verantwortung für die „zahlreichen vorsätzlichen Verletzungen der neutralen Zone von Kaesong zu entziehen“. Dieser Vorschlag diene nicht der Schaffung einer Situation, welche die Wiederaufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen erleichtern würde. Den Alliierten werden gleichzeitig erneut „wohlüberlegte Provokationsakte“ gegen die neutrale Zone zum Vorwurf gemacht.

Die Kommunisten bestehen auf der Erfüllung der in ihren früheren Protesten unterbreiteten Forderungen: Genaue Untersuchung der Zwischenfälle, Bestrafung der Verantwortlichen und Abgabe der Versicherung, daß von alliierter Seite keinerlei Verstöße gegen das Neutralitätsabkommen mehr vorkommen werden. Wörtlich erklären schließlich die kommunistischen Oberbefehlshaber: „Da es erwiesen ist, daß Ihre Seite nicht gewillt ist, ein Neutralitätsabkommen einzuhalten, besteht Anlaß zur Befürchtung, daß von Ihrer Seite auch ein Waffenstillstandsabkommen nicht erfüllt werden würde.“ Für die Konsequenzen aus einer „weiteren Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen“ machen die Kommunisten ebenfalls das UN-Oberkommando verantwortlich.

Wenige Stunden vorher gab das Oberkommando der US-Streitkräfte mit Bedauern zu, daß in der Nacht vom 9. auf 10. September infolge falscher Navigation ein amerikanischer Bomber Kaesong mit Maschinengewehren beschuß. Genaue Untersuchungen hätten jedoch

ergeben, daß dabei kein Sachschaden verursacht worden sei. Gegen den verantwortlichen Piloten wurde jedoch ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Die Kampfhandlungen an der Front sind überzählend wieder eingeschlafen, da die Kommunisten ihre Angriffe einstellten und auch die UN-Truppen auf Gegenoperationen verzichteten.

Formosa will Vertrag mit Japan schließen

Taipeh (UP). Der nationalchinesische Außenminister Yeh teilte mit, seine Regierung sei willens, mit Japan einen zweiseitigen Friedensvertrag unter den gleichen Bedingungen wie die des Vertrages von San Francisco abzuschließen. Voraussetzung sei aber, daß Japan die Regierung auf Formosa als die einzig legitime Regierung von China anerkenne.

Generalmajor Chase, der Chef der US-Militärmission in Formosa, erklärte, die Aufgaben seiner Mission dehnten sich immer mehr aus. Die von Präsident Truman im vergangenen Jahr festgesetzte Neutralisierungs-politik werde zwar weiter verfolgt, die USA seien sich jedoch des hohen strategischen Wertes der Insel innerhalb des pazifischen Verteidigungssystems bewußt. Dadurch, daß die national-chinesischen Streitkräfte in die Lage versetzt würden, sich gegen jeden Angriff zu verteidigen, verbesserten die USA selbst ihre eigenen Verteidigungspositionen.

Willi Braun und Manfred Coblens, die von einem US-Gericht wegen angeblicher Teilnahme an der Ermordung gefangener Soldaten in Malmsdy zu 10 Jahren Haft verurteilt wurden, sind aus dem Landsberger Gefängnis entlassen worden.

Kriegerdenkmal beraubt

Frankfurt (UP). Auf einem Frankfurter Friedhof schändeten unbekannte Täter nachts das Kriegerdenkmal. Die Metalltiebe kletterten auf den viereinhalb Meter hohen Sockel des Denkmals und entwendeten einen 40 cm hohen und 70 cm breiten Bronzeadler. Außerdem rissen sie 15 Messingrosetten ab, die als Verzierung an den Inschriftenplatten angebracht waren.

Auch so entsteht ein Brand

Künzelsau (hpd). Als in Ebersbach plötzlich die Beleuchtung ausfiel, brannte ein 42-jähriger Mann eine Kerze an und entzündete daran eine Postkarte, die ihm jedoch aus den Händen fiel. Sie setzte in einem Schrank lagerndes Papier in Brand. So entstand ein Zimmerbrand, bei dem der Sachschaden auf 5000 Mark geschätzt wird.

Ein halbes Schiff traf in Bremen ein

Bremen (UP). Die tollkühne Reise eines halben Schiffes um die halbe Welt fand ihr glückliches Ende. Nach 96-tägiger Fahrt traf der aus Japan kommende hintere Teil des zinst 4956 BRT großen schwedischen Frachtdampfers „Christer Salen“ mit eigener Kraft in Bremen ein, um sich hier ein neues Vorderdeck zu holen. Das neue, 60 m lange Vorderdeck soll noch in diesem Jahr vom Stapel laufen und anschließend im Schwimmdock mit dem 71 m langen Hinterschiff verbunden werden. Die „Christer Salen“ war anfangs dieses Jahres bei einem schweren Sturm 90 Meilen vor der japanischen Küste in zwei Teile zerbrochen. Das Vorderdeck versank. Der hintere Schiffsteil dampfte mit eigener Kraft nach Yokohama. Da sich im Augenblick des Unglücks die gesamte 38-köpfige Besatzung und alle 10 Passagiere in Hinterschiff befanden, kam niemand ums Leben. Der Rest des sonst 14 Knoten fahrenden Frachters erreichte eine Geschwindigkeit von 3 Knoten.

Eine Frau schwamm nach Frankreich

Sangate (UP). Die Amerikanerin Florence Chadwick durchschwamm als erste Frau den Kanal von England nach Frankreich. Sie bewältigte die schwierige Strecke bei Nebel in 16 Stunden und 22 Minuten. Mit Chadwick hielt außerdem im vergangenen Jahr mit 13 Stunden 20 Minuten den Rekord unter den Frauen für die Überquerung des Kanals von Frankreich nach England. Dieser Rekord wurde erst vor wenigen Wochen von der Engländerin Brenda Fisher um 40 Minuten unterboten.

Der Argentinier Antonio Abertondo, der in der St. Margarethe Bay zur Kanaldurchquerung in Richtung auf die französische Küste gestartet war, gab wenige Meilen vor dem Ziel auf, nachdem er durch dichten Nebel und regen Schiffsverkehr mehrmals in Gefahr geraten war. Auch der Kubaner Jose Cortinas, der in umgekehrter Richtung den Kanal durchschwimmen wollte, brach seinen Versuch nach 14 Stunden, ebenfalls nur wenige Meilen vom Ziel entfernt, ab.

Zweimal durch den Irischen Kanal?

Foikestone (UP). Der 37-jährige Tom Blower, ein Zigarettenverkäufer aus Nottingham und der einzige Mann, der jemals den Irischen Kanal durchschwamm, stieg in das kalte Wasser des Britischen Kanals, um den Meeressarm hintereinander in beiden Richtungen zu durchschwimmen. „Also bis morgen früh. Und, daß ich's nicht vergesse, halten Sie eine Tasse heißen Tees für mich bereit, wenn ich vom Strand zurückkomme“, waren die letzten Worte und Anweisungen, die der blonde Gigant gab. Blower hat eine genaue Schwimmroute, die Gezeitenfachleute der Marine ausgeklobelt haben.

Glück in Holz — Pech in Liebe

Salzburg (UP). Der persische General und Holzimporteur Ebrahim Zandheid hat es bei der Suche nach einer Frau nicht leicht. „In Persien“, versicherte er, „sind alle Österreicherinnen als gute Hausfrauen bekannt“. Er verband daher eine Geschäftsreise nach Österreich mit einer Brautschau. Sein Holz bekam er ohne Schwierigkeiten. Aber seine Erwählte, die rabenschwarze 18-jährige Wienerin Ingeborg Lebesch nur unter größten Anstrengungen. Als er sie an den heimatischen Herd führen wollte, tauchten in österreichischen Zeitungen Gerüchte über den „falschen General“ auf, der in Wirklichkeit Mitglied einer internationalen Mädchenhändlerbande sei und die schöne Wienerin im Osten verkaufen wolle.

Der General hat gegen vier Zeitungen wegen Verbreitung dieser Gerüchte Beleidigungsklage erhoben. Immerhin mußte er eine Woche in einem Wiener Gefängnis zubringen, ehe er aus Mangel an Beweisen freigelassen werden konnte. Zu allem Unglück verhaftete ihn die Polizei erneut wegen Devisenbesitzes, als er in Salzburg ankam. Erst nachdem die persische Regierung ihn anerkannte und legitimierte, wurde er mit vielen Entschuldigungen auf freien Fuß gesetzt. Das aber brachte die entmutigte Ingeborg nicht zurück, die inzwischen vor lauter Enttäuschung nach Hause gefahren war. Aber der General scheint ein hartnäckiger Freier zu sein — er will immer noch eine Österreicherin zur Frau.

Alarm durch falsche SOS-Botschaft

Oklahoma City (UP). Als Urheber der SOS-Botschaft, die zu der Suche nach den Besatzungsmitgliedern eines amerikanischen Bombers vom Typ B-50 führte, ist jetzt ein Flieger des US-Militärflughafens Tinker in Oklahoma ermittelt worden. Aus den angeblichen Notsignalen, die von Rundfunkstationen in Irland und Nordamerika aufgefangen wurden, ging hervor, daß die Besatzung eines amerikanischen B-50-Bombers infolge Motorenbrand über dem Atlantik 150 Seemeilen von Grönland abgingen mußte. Flugzeuge und Schiffe wurden nach dem angeblichen Ort des Unglücks dirigiert. Die Suchaktion wurde jedoch abgebrochen, nachdem es sich herausstellte, daß es sich bei dem SOS-Ruf anscheinend um einen üblichen Scherz gehandelt hatte. Bisher ist noch nicht bekannt, warum der betreffende Flieger den falschen SOS-Ruf in die Welt schickte. Der Flieger steht zur Zeit unter Hausarrest.

Aus der Stadt Ettlingen

Nationaler Gedenktag des deutschen Volkes

Durch die Bundesregierung wurde der 12. September als Tag der Wahl des Bundespräsidenten zum nationalen Gedenktag des deutschen Volkes bestimmt.

Der 12. September soll auch im Landesbezirk Baden würdig begangen werden. Der Gedenktag gilt nicht als gesetzlicher Feiertag, jedoch wird in allen staatlichen Dienststellen der Dienst um 15 Uhr beendet.

Sämtliche staatlichen Dienstgebäude werden am 12. September 1951 beflaggt. Die Bevölkerung wird gebeten, die Bedeutung des Gedenktages durch Beflaggung ihrer Häuser zum Ausdruck zu bringen.

In den Schulen wird in feierlichen Gedenkstunden auch die Bedeutung des Grundgesetzes und die in ihm gerade für die Jugend enthaltene Verpflichtung hingewiesen. Der 12. September 1951 ist im übrigen schulfrei.

Feierstunde im Rathausaal

Anlässlich des „Nationalen Gedenktages des deutschen Volkes“ veranstaltet die Stadtverwaltung heute 19 Uhr im Rathausaal eine Feierstunde, zu der die gesamte Bevölkerung eingeladen ist.

Wahlbenachrichtigungskarten aufbewahren

Die Stadtverwaltung bittet die Stimmberechtigten, die Wahlbenachrichtigungskarten aufzubewahren, die für die Volksabstimmung am 18. September bestimmt waren. Nachdem dieser Termin durch eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts ausgesetzt wurde, gelten die Wahlbenachrichtigungskarten für die nächstfolgende Abstimmung.

Gruppenbesuche in Ettlingen

Obwohl die Hauptreisezeit beendet ist, treffen in unserer Stadt immer wieder Reisegruppen zu Besuch ein. Für zwei Tage haben hier über 40 junge Industriekaufleute Quartier bezogen, die bei Siemens in Erlangen drei Jahre lang ausgebildet wurden und nun in den verschiedenen Betrieben dieser Weltfirma angestellt werden. Da Siemens vor allem in Karlsruhe große Werke errichtet, werden manche der jungen Gäste in unserer Gegend bleiben und sicher auch gern wieder Ettlingen besuchen. Auf einer westdeutschen Reise übernachteten hier 20 Studentinnen und Studenten der Pädagogischen Hochschule Berlin-Lankwitz, die sich die historischen Denkmäler Ettlingens erklären ließen. Beim Frühstück im gemütlichen Tagessaal der Jugendherberge im Schloß erzählten sie begeistert von ihren Reiseindrücken, bei denen auch unser Ettlingen ein Lob erhielt. Die Betreuung durch Jugendbergsbergvater Kaiser wurde von dieser Gruppe wie von allen anderen Jugendwandernern dankbar anerkannt. Aus den Erfahrungen mit etwa 5000 Jugendbergsbergwandernern in diesem Jahr wird man nun überlegen müssen, was für das kommende Jahr noch verbessert werden kann, damit Ettlingen wirklich allen jungen Besuchern in ungezügelter Erinnerung bleibt. Eine lobende und wichtige Aufgabe!

Die Albtalperle fährt

am Samstag, 15. Sept., 17 Uhr ab Schillerschule zum Dürkheimer Wurstmarkt. Der Fahrpreis beträgt 5 DM.

Die letzte Fahrt in die Schweiz ist auf 25. Sept. festgesetzt und dauert wieder drei Tage. Der Fahrpreis einschließlich Visa beträgt 35.— DM. Anmeldungen nimmt bis 18. Sept. K. F. Waldin, Scheffelstr. 27, entgegen.

Brauerdirektor Karl Schrempf †

Auf einer Geschäftsreise in München starb unerwartet im Alter von 76 Jahren Brauerdirektor Karl Schrempf, der langjährige Vorstand der Brauerei Schrempf-Prinz AG. Der Verstorbene, der seit 1939 in Ettlingen wohnte, lebte bis zu seinem Tod für sein Unternehmen, das er durch eigene Initiative weiterentwickelte.

Tödlicher Unfall mit dem Motorrad

Der aus Mörch stammende August Volz wurde in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch gegen 1 Uhr auf der Hauptstraße in Durmersheim bei einem Verkehrsunfall tödlich verletzt. Der Verunglückte wollte mit seinem Motorrad einen zweiten Motorradfahrer anscheinend mit erheblicher Geschwindigkeit rechts überholen. Dabei stießen die beiden Fahrer zusammen und Volz kam unter das zweite Fahrzeug. Der Verunglückte war sofort tot. Der zweite Motorradfahrer erlitt nur leichte Verletzungen.

Erholungsheim für Hirnverletzte

Der Bund hirnverletzter Kriegs- und Arbeitsopfer e. V., Sitz Bonn, wird demnächst das erste Erholungsheim für hirnverletzte Kriegsopfer in dem Luftkurort Braunfels an der Lahn eröffnen. Die Aufnahme in dieses Heim erfolgt als Badekur im Sinne des § 11 des Bundesversorgungsgesetzes, wonach zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitsfähigkeit Schwerbeschädigten in ausreichendem Maße Erholung gewährt wird. Das Bundesarbeitsministerium, das durch einen Vertreter seinen ärztlichen Dienstes an Ort und Stelle bereits die Vorzüge dieses Heimes feststellen konnte, hat den Aufenthalt in Braunfels als Badekur anerkannt. Der Antrag des hirnverletzten Kriegsopfers auf kostenlosen Erholungsurlaub ist bei dem zuständigen Versorgungsamt zu stellen. Bei Anträgen außerhalb des Landes Hessen müssen diese von der Versorgungsbehörde der Ausgleichsstelle beim Bundesarbeitsministerium zugelassen werden. Dem Gesuch ist eine Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Notwendigkeit einer Badekur beizufügen. Während des Erholungsurlaubes in Braunfels werden die Rentenbezüge sowie die Pflegezulage den Hirnverletzten weitergezahlt.

Die Stellvertretung des Bürgermeisters

Stellungnahme des Landrats zu den Erörterungen in Ettlingen

In öffentlichen Gemeinderatssitzungen und in der Presse ist eingehend die Frage erörtert worden, wie die Stellvertretung des Bürgermeisters zu handhaben ist. Zu einigen Punkten dieser Auseinandersetzung liegt jetzt eine Entscheidung des Landrats des Kreises Karlsruhe vom 3. Juli vor, die wir nachstehend im Wortlaut mitteilen. Von der Möglichkeit des Einspruchs gegen diese Verfügung wurde kein Gebrauch gemacht. Dagegen wird zweifellos auch dieser Punkt bei den vorbereitenden Erörterungen über eine zukünftige Gemeindeordnung von erheblicher Bedeutung sein, so daß dann die verschiedenen Meinungen öffentlich zu Wort kommen können. Die von Landrat Groß unterzeichnete Verfügung über die Vertretung des Bürgermeisters nach § 46 Abs. 1 der Badischen Gemeindeordnung lautet:

Über die Frage, in welchen Fällen der Bürgermeister nach § 46 Abs. 1 Bad.GO. durch das vom Gemeinderat bestimmte Gemeinderatsmitglied vertreten wird, liegt nach meinen Feststellungen bisher keine verwaltungsgerichtliche Entscheidung vor. Bei der Beurteilung der in Ettlingen hierüber aufgetretenen Meinungsverschiedenheit muß man jedoch davon ausgehen, daß § 46 der Bad.GO. nicht für sich allein betrachtet werden darf. Vielmehr ist er ein Teil eines ganzen Gesetzes. Zu seiner Klarlegung muß daher auch das ganze Gesetz zusammen mit den heute geltenden Bestimmungen anderer einschlägiger Gesetze herangezogen werden.

Nach § 1 Abs. 1 Bad.GO. wie auch nach § 1 Abs. 2 DGO. sind die Gemeinden öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften. Als solche sind sie juristische Personen im Sinne des BGB. mit voller Rechts- und Handlungsfähigkeit. Ihre Verwaltung kommt nach § 1 des Gesetzes Nr. 32 über die Verwaltung und Wahlen in den Gemeinden vom 10. 1. 1946 dem Gemeinderat und ihre Vertretung nach § 12 Abs. 2 a. a. O. dem Bürgermeister zu. Dadurch ist dem Sinne nach der gleiche Rechtszustand vorhanden, wie er nach § 19 Abs. 1 Bad.GO. schon früher bestand, nur mit dem Unterschied, daß nunmehr die Vertretung der Gemeinden nach außen ausdrücklich dem Bürgermeister übertragen wurde, eine Tatsache, die auch unter der Gültigkeit der Bad.GO. immer feststand. Denn wenn es damals nach § 18 Abs. 1 hieß, daß auch die Vertretung der Gemeinde dem Gemeinderat zusteht, so bestand doch immer darüber völlige Übereinstimmung, daß bei der Vertretung der Gemeinderat nicht als Kollegium, sondern nur in seinem Vorsitzenden, dem Bürgermeister handelt. Wo also die Vertretung der Gemeinde eine Handlung oder die Abgabe oder die Entgegennahme einer Willenserklärung erfordert, erfolgt dies sowohl nach geltendem wie früherem Recht durch den Bürgermeister. Er gibt, wenn nicht in einem besonderen Falle nach § 47 Bad.GO. etwas anderes bestimmt ist, nachdem der Gemeinderat den Geschäftswillen in Beschlusform geäußert hat, namens der Gemeinde die erforderlichen Erklärungen Dritten oder Behörden gegenüber ab.

Der Bürgermeister kann dabei nach herrschender Meinung (vgl. Gündert: Bad.GO., 4. Auflage 1937, Anm. 2a zu § 18) auf Grund der ihm gesetzlich übertragenen Vertretungsmacht einem Gemeinderatsmitglied, einem Gemeindebeamten, ja jedem Dritten Vollmacht erteilen und ihn damit zum Handeln in einer Gemeindeangelegenheit ermächtigen. Dieses Recht, einen anderen zum Handeln bevollmächtigen zu können, ist (wiederum nach Gündert, Anm. 2 Abs. 3 zu § 42), auch ein Ausfluß seines Rechts, Leiter der gesamten Gemeindeverwaltung nach § 42 Abs. 1 Bad.GO. zu sein. Wenn aber der Bürgermeister schon im Bereich der rechtsgeschäftlichen Vertretung der Gemeinde in der Lage ist, andere zur Mitwirkung heranzuziehen, so gilt dies noch weit mehr für die Vertretung der Gemeinde bei Anlässen, bei denen es sich, wie in dem der Meinungsverschiedenheit vorangehenden Falle, nur um eine informative Pressebesprechung oder sonstige repräsentative Aufgaben handelt. Bürgermeister Rümelpacher, der zudem noch in der Einladung als Landtagsabgeordneter persönlich eingeladen war, war also ungeachtet dessen, daß er aus dienstlichen Gründen daran verhindert war, an der Pressebesprechung persönlich teilzunehmen, in der Leitung der Gemeindeverwaltung auch in diesem Zeitpunkt nicht behindert, so daß seine Vertretung durch das Gemeinderatsmitglied als Stellvertreter bezeichnete Gemeinderatsmitglied nicht notwendig geworden ist. Vielmehr bewegte sich der Bürgermeister bei der Beauftragung der beiden anderen Gemeinderatsmitglieder, für ihn die Einladung wahrzunehmen, gerade in dem ihm bei der Leitung der Geschäfte und der Vertretung der Gemeinde zustehenden Recht.

Von diesem Standpunkt aus gesehen, kann § 46 Abs. 1 der Bad.GO. nur die Bedeutung haben, daß die Leitung der Gemeindeverwaltung nach § 42 a. a. O. und die Vertretung der Gemeinde nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes Nr. 32 auf die nach § 46 Bad.GO. vom Gemeinderat in ihrer Reihenfolge bestimmten Vertreter nur dann übergehen, wenn der Bürgermeister wegen Krankheit, Urlaub, Behinderung durch auswärtige Dienstgeschäfte, Rücktritt, Tod (in den letzten beiden Fällen bis zur Neuwahl) oder aus anderen Gründen (z. B. disziplinärer Art) nicht in der Lage ist, diese Leitung und Vertretung selbst wahrzunehmen und deshalb auch nicht mehr die Möglichkeit oder gegebenenfalls nicht mehr das Recht hat, eine andere Person zu bevollmächtigen oder zu beauftragen, für ihn zu handeln.

Dabei kommt es nach dem Sinn und Zweck des § 46 Abs. 1 a. a. O. nicht darauf an, ob die Behinderung nur kurze oder für eine längere Zeit besteht. Das Gemeinderatsmitglied, das gemäß Gemeinderatsbeschuß in diesen Fällen den Bürgermeister vertritt, hat sodann seinerseits die gleichen Befugnisse wie der Bürgermeister selbst. Auch er kann jede andere Person bevollmächtigen oder beauftragen, für ihn zu handeln, solange er nur selbst die Leitung der Gemeindeverwaltung und die Vertretung der Gemeinde wahrnimmt.

Betrachtungen eines Erziehers

Kann die Psychologie und Pädagogik die schulischen Fragen beantworten?

Am Montag haben sich die Schulportale wieder für eine neues Unterrichtsjahr geöffnet. Den Hinweisen, die wir von pädagogischer Seite hierzu veröffentlicht haben, lassen wir heute einige Betrachtungen von Hauptlehrer i. R. Baier folgen, die an die Ettlinger Tagung der nordbadischen Elternbeiräte anknüpfen. Wir stellen diese Aussätze aus den Lebenserfahrungen eines Erziehers für Eltern- und Lehrerschaft zur Diskussion und bitten deshalb unsere Leser um Stellungnahme.

Die oben aufgeworfene Frage ergab sich anlässlich der Tagung der Elternbeiräte Nordbadens in Ettlingen. Diese Elternbeiräte sind wirklich eine Naturnotwendigkeit, so wie der Bauer auch nicht allein seinen Acker bestellen kann, sondern der Mithilfe von Sonne und Regen bedarf. Wie oft ergeben sich Hemmnisse und Schwierigkeiten mit Kindern, die auf dem Wege der Aussprache durch Mithilfe der Eltern beseitigt werden können, oft leicht und schmerzlos. Verständigt man sich aber nicht, so kann es sogar vorkommen und ist auch recht häufig der Fall, daß ein Kind eine Periode des Leerlaufs hat und der Lehrer seine Anstrengung verdoppelt, damit das Kind mitgeht. Die verstärkte Bemühung des Lehrers kann dem Kind — wenn er nicht doppelte Liebe, sondern Strenge zeigt — als Schikane erscheinen. Es beklagt sich zu Hause, die Eltern glauben, weil sie nur den einen Beteiligten, ihr Kind hören und beginnen schließlich zu schimpfen über den Lehrer. Hier muß der Lehrer die Eltern fragen oder sie ihn, d. h. sie müssen den Fall besprechen. Mit solchen Schwierigkeiten hat die Schule geradezu jeden Tag zu kämpfen, weshalb auch Elternversammlungen immer wieder stattfinden müssen. In den Waldorfschulen geschieht dies jeden Monat. Wird diese Verständigung nicht herbeigeführt, so wird das Kind vielleicht im Glauben bestärkt, daß die Schuld gar nicht bei ihm, sondern beim Lehrer liege, und nun müht er sich vergeblich, da es sich innerlich verschließt. Statt vieler möglicher Beispiele sei nur ein einziges erwähnt. Ich hatte einmal eine Metzgerstochter, die nichts leistete. Daß mangelnde Begabung die Ursache sei, glaube ich nicht. Also ward sie mehr als andere aufgerufen, was ihr aber nicht behagte. Ihr Gesicht war und blieb finster, meine Energie und Entschlossenheit gleichfalls ohne Nachlaß. Eines Tages betrank sich der Vater im Wirtshaus, wo ich das Mittagessen einnahm; so mit Tapferkeit ausgestattet, glaubte er mir Grobheiten servieren zu müssen. Doch ich wahrte, wie mein ganzes Leben hindurch im

Umgang mit Menschen die Ruhe und gab ihm so meine Erklärungen. Meine Behandlung des Kindes ging unverändert weiter und schließlich, nach langer Zeit, erwachte es und wurde eine tüchtige Schülerin, mit heiterem, frohem Gesicht und später Lehrersfrau. Die Aussprache war erfolgt, aber es war nicht die richtige Art und kam auch leider reichlich spät.

In Amerika hat man durch Untersuchungen festgestellt, daß die tüchtigsten Schüler nicht die brauchbarsten Menschen im späteren Leben sind. Deshalb dürften keine Schüler zum Ausscheiden in den höheren Schulen veranlaßt werden. Kennt man vielleicht ihre Berufung? Das hieße Eingreifen in das Schicksal eines Menschen und es unter Umständen zu brechen, wenn er ihm nicht trotzdem mit aller Entschlossenheit zusteuert. R. Steiner erzählt von einem so recht einseitig veranlagten Menschen, dem die höhere Schule um ein Haar das Abiturium versagt hätte und der nach wenigen Jahren schon Inspektor dieser Schule war. Auch solche Fälle ereignen sich, daß ein Lehrer einen Schüler ausscheiden will, der bei seinem Nachfolger schon gut erfüllt und das Staatsexamen und die Doktorarbeit glänzend meistert sowie er auch beruflich ausgesprochene Qualitäten zeigt. „Der gute Mensch in seinem dunklen Drang ist sich des rechten Weges wohl bewußt.“ Das Kind trägt sein Lebensbild in sich und führt es auch auf Krummungen, so verfehlt es sein Ziel doch nicht. Der Lehrer muß mit Glauben und Vertrauen jedem Kind begegnen und wenn „er“ unablässig will und nicht versagt, kann ein jugendlicher Leichtsinns zum Ernst gebracht werden. Oft geht es nicht anders, als daß die Opferflamme des Lehrers das Allerheiligste des Schülers erwärmt und durchglüht. Hier zeigt sich aber auch die unumgänglich notwendige Qualität des Lehrers. Ist er begeistert und mit Liebe erfüllt für jeden Schüler, dringt er durch bis zum letzten. Wo aber das Licht des Geistes trotzdem nicht zu erstrahlen vermag und Dunkelheit zurückbleibt, vertröste er sich mit der Verschiedenheit der Menschen, die gottgewollt ist. Aber da oft das Licht des Geistes in einem Kind plötzlich aufgeht, lasse er sich nicht beirren. Überraschungen in dieser Hinsicht erlebt der Lehrer, der seine Kinder vom ersten bis zum letzten Schultag, acht Jahre lang führt. Welche Wandlungen kann er erfahren und wie oft erlebt er: die letzten werden die ersten sein. Ist er mit ganzer Seele dabei, vergeht ihm die Lust, Repepanten zu schaffen und sie um die Stoffe der Oberklassen zu bringen. Damit möchte ich die segensreiche Einrich-

tung, die bald Gesetz werden wird, dargetan haben. Der gute Wille der Elternbeiräte, Berater und Helfer des Lehrers zu werden, ergab sich aus allen Reden. Freilich kommt nun der nüchterne Alltag und hier heißt es, Idealismus zur Verfügung haben und der damit ausgerüstete Lehrer kann kaum in Verlegenheit geraten, selbst wenn er verbissen und gehässig angegriffen wird, was ja auch vorkommt.

So mußte ich erleben, daß die Behörden gar nicht auf ihrem Posten waren, als ich einwandfrei Göttersagen unterrichtete. „Sagen“ stand im Lehrplan. „Göttersagen“ war der unstrittene Punkt, den man dem Begriff „Sagen“ nicht einzuordnen vermochte.

Bei der Vielfalt des Lebens und der Mannigfaltigkeit der Auffassung wird hohe Berufsauffassung der beste Hiltzableiter für den Lehrer. Gelingt es ihm, zu dem reichlichen Maß an Berufsarbeit noch einige Stunden täglich dem Wesen und Werden des Kindes zu weihen, dann erlebt er, eingetaucht in die kindlichen Seelen, Forscherfreude und Forscherglück jede Stunde, so daß kein Leben schöner und reicher sein kann. Erziehung ist die höchste Kunst auf Erden und belohnt ihren Jünger im schönsten und erhabensten Sinn. Sowie er jedes Kind liebt, wird er wieder von allen geliebt und verehrt. Seine Schritte werden auch fernhin von seinen Schülern mit Segenswünschen begleitet. Ist ein solches Leben nicht einen vollen Einsatz wert? „Und setzt ihr nicht das Leben ein — ganz restlos — nicht wird das Leben euch gewonnen sein.“ Menschenstudium im weitesten Sinne wird dieser Lehrer pflegen.

Bei der Tagung hielt auch ein Psychologe einen Vortrag. Er meinte zum Schluß, daß heute die Psychologie die Fragen der Schule beantworten könnte. Die Generalprobe hierzu ergab sich. Ein Vater erzählte, einen zwölfjährigen Sohn zu haben, dem er heute eine Ungehörigkeit verboten könne, morgen tue er sie wieder, ein Zeugnis, daß die Kinder für Moral heute gar kein Gefühl mehr besäßen. Die Psychologie war in der Kardinalfrage aufgerufen, einer Frage, die Leben und Tod bestimmt. Doch sie schwieg. Psychologie als schmaler Ausschnitt der Anthropologie, der Menschenkunde, reicht für solche umfassende, weite Formungsbegriffe natürlich nicht aus. Damit ist ja auch eine Frage des gesamten Unterrichts berührt.

Pädagogik war in einem früheren Lehrer dieses Fachs vertreten. Er hat dieses Fach jahrelang gelehrt. Auch Pädagogik schwing zu dieser Zentralfrage. Psychologie und Pädagogik stehen also der Frage nach der Moralbildung in der Schule hoffnungslos gegenüber. Aber sie bilden die heutigen Lehrer aus, was Wunder, daß alles schief geht. Wohl fühlen die beruflichen Lehrer in der Schule ihre Unzulänglichkeit. Auch machen die Waldorfschulen von sich reden, woselbst Menschenkunde Voraussetzung des Lehrers ist u. wo die Kinder, mit Freude und Begelung zur Schule gehen. Doch Psychologie, Pädagogik und Unterricht gehen weiter, als ob in der Welt nichts geschehen wäre, wie zu Urvierters Zeiten.

Mit Menschenkunde läßt sich die Frage nach der Moral der Kinder gründlich beantworten. Diese Menschenkunde hat aber die Eigenart, daß sie nicht bloß die Kinder mit moralischer Kraft auszustatten vermag, sondern diebezüglich auch dem Lehrer die Wege weist.

Karlsruher Lehrerstudenten verlangten vor etwa Jahresfrist Waldorfschulpädagogik von ihren Dozenten. Doch die Antwort war dieselbe wie die zwei oben erwähnten Antworten auf die Frage nach der Unmoral der Kinder. Dazu ist eben vieljähriges Studium nötig.

Demonstration gegen Kfz-Steuer

Der Automobilclub von Deutschland (AvD) hat sämtliche Kraftfahrzeugbesitzer aufgefordert, sich an Protestdemonstrationen gegen die von Bundesfinanzminister Dr. Schäffer geplanten neuen Steuern für Kraftfahrzeuge zu beteiligen, die am nächsten Sonnabend in allen westdeutschen Städten stattfinden sollen. Wie der AvD mitteilt, werden sich an diesen Demonstrationen auch der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC), die Verbände der deutschen Kraftfahrzeugindustrie, des Handels und des Kfz-Gewerbes beteiligen. Der Vizepräsident des AvD, Freiherr von Jungfeld, weist in dem Aufruf daraufhin, daß die Kraftwagenhalter nicht dazu da seien, am Schäffer aus seinem „Finanzdilemma“ zu helfen. Die gesamte Kraftfahrzeugwirtschaft werde eine „einheitliche Front“ gegen die Steuerpläne der Bundesregierung bilden. Jungfeld unterstreicht, daß im Jahr 1950 insgesamt 139 440 Kraftfahrzeuge für die gewerbliche Wirtschaft zugelassen worden seien, dagegen nur 6265 oder 4,3 Prozent für den privaten Sektor. Hieraus gehe hervor, welche Bedeutung dem Kraftwagen in der Bundesrepublik für die Wirtschaft zukomme.

„Auf des Schicksals Schneide“

Ein junger Mann muß, ohne helfen zu können, zusehen, wie seine Mutter in Armut und Sorgen stirbt. Er weiß, daß die fromme alte Frau trotz der eigenen Dürftigkeit der Pfarre geopfert hat, was sie nur konnte. Er geht zu dem Geistlichen und verlangt von ihm für seine Mutter ein Begräbnis, wie es prächtiger nicht gedacht werden kann. Der Priester kann ihm den Wunsch nicht erfüllen, denn die Gemeinde ist arm und es reicht nur für eine standesgemäße Beerdigung. Der junge Mann glaubt in dem Priester einen Widersacher zu erkennen und erschlägt ihn. Der Mörder ist von nun an der mitleidlose Gejagte seines Gewissens und der Polizei, und was zermürbende Verhöre, der tröstliche Zuspruch eines Seelsorgers nicht vermögen, erreicht schließlich die nicht schweigende wollende innere Stimme: Das Geständnis und die Bereitschaft zu sühnen. Die Union-Lichtspiele zeigen diesen Film bis Donnerstag.

Bereins-Nachrichten

Von der Winterarbeit der Kolpingsfamilie

Nach den Ernte-, Urlaubs- und Ferienwochen, die auch im Vereinsleben eine gewisse Ruhe brachten, begann nun die Kolpingsfamilie vor drei Wochen mit ihrem Herbst- und Winterprogramm. Die Reihe der Vorträge aus allen Gebieten wurde am 27. 8. eröffnet durch einen Vortrag von H. H. Kpl. Hamminger (Herz-Jesu) über das Thema: Reise durch Spanien. Es ist eine alte Erfahrung, daß sich gerade Reisevorträge großer Beliebtheit erfreuen und so waren auch die Zuhörer recht dankbar für die interessanten Ausführungen. In der nächsten Versammlung besuchte uns der Ettlinger Heimatdichter Jos. Paul Kuhn, der sich mit dem Gedanken trägt, die Gestalt des Gesellenvaters zu dramatisieren und uns einen Einblick gewährte in den Aufbau seines geplanten Werkes. In der anschließenden Diskussion fanden wichtige Fragen befriedigende Lösung. In dieser Versammlung gab auch Bezirksleiter Paul Weickenmeier einen aufschlußreichen Bericht über den Verlauf des nordbadischen Gesellenlagers in Schwetzingen.

Am kommenden Montag, 17. 9., sollen nach Art eines Forums Fragen zur Sprache kommen, die die Zusammenarbeit der Kolpingsfamilie mit den Gliederungen des Bundes der kath. Jugend betreffen. Bis zum Ende des Jahres sind folgende Themen vorgesehen:

1. Weiterführung des Zyklus Ehe und Familie. Neben der theologisch-philosophischen Grundlegung, die der Präses zu den einzelnen Fragen gibt, werden in dieser Reihe Familienväter zum Erziehungsproblem, Politiker zur politischen und Männer der Wirtschaft zu den wirtschaftlichen Seiten des Problems sprechen.

2. Erweiterung der Allgemeinbildung wird durch Vorträge über Holland, Norwegen und Japan gefördert.

3. Musik und Lied erfahren ihre besondere Pflege durch einen Musik- und Singabend. Im Musikabend wird von berufener Seite eine Einführung in Werke klassischer Musik gegeben. Für ein frohes Singen sorgt ohnehin stets unsere Mandolinabteilung.

4. Zweimal wird sich die gesamte Kolpingsfamilie im Chöre von St. Martin versammeln zu einer ersten Feierstunde: im November das Gedenken an die gefallenen Kolpingsöhne, im Dezember eine schlichte Adventsfeier. Im Dezember wird ebenfalls der Kolpinggedenktag mit Generalkommunion und Neuaufnahme feierlich begangen.

Wie in den vergangenen Jahren wird auch auf Weihnachten eine Betreuung der Ostzone sowie der Hinterbliebenen verstorbenen und gefallener Kolpingsöhne durchgeführt. Ein reichhaltiges Programm — mögen recht viele Söhne unserer Stadt für sich und ihre spätere Familie daraus reichen Gewinn ziehen! Die Wochenversammlung der Gruppe Kolping (17—25 Jahre) ist bis auf weiteres jeden Montag um 20 Uhr im „Rebstock“.

Rheinwasserstand am 11. 9.: Konstanz 376 (-3) Breisach 218 (-0) Straßburg 279 (-5) Maxau 438 (-9) Mannheim 303 (-12) Caub 205 (-5)

Wettervorhersage

In den Frühstunden vor allem in den Niederungen vielfach Nebel oder Morgennebel. Sonst überwiegend heiter, vereinzelt auch Gewitter möglich. Höchsttemperaturen um 22 bis 27 Grad. Tiefsttemperaturen 13 bis 16 Grad. Schwache Winde.

Barometerstand: Veränderlich. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +18°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb- und Gau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG., Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

Aus dem Alb- und Gau

Burbach

Es war ein rascher Entschluß, den der Musikverein „Harmonie“ in der letzten Woche faßte, nämlich am Sonntag, 9. Sept., ein Kinderfest zu veranstalten. Trotzdem darf man — nach den Eindrücken vom vergangenen Sonntag zu urteilen — die Sache als wohlgeungehen betrachten, welcher Umstand gewiß wesentlich dazu beitragen wird, die unvermeidlichen und für einen so kleinen Verein nicht unerheblichen Aufwände für die Hollandreise zu decken. — Ähnlich wie im Vorjahre fand ein Umzug der Kinder durch das Dorf statt, eröffnet von einem jugendlichen Festreiter in Frack und Zylinder. Ihm folgte wieder eine bunt geschmückte Radfahrerstaffette. Die Hauptaufmerksamkeit lenkten aber zweifellos die einzelnen Märchengruppen und „Zünfte“ auf sich, die sich, teils auf Wagen, teils zu Fuß im Zuge mitbewegten: Schneewittchen im Zwergenhäuschen, Dornröschen, Rotkäppchen, Schneeweißchen und Rosenrot; dahinter die „Zunft“ der Metzger, Winzer, Gemüsehändler und der Waschfrauen. Auf der Festwiese angekommen, löste sich der Zug auf und jung und alt ergab sich dem bunten Treiben, wie es ein Volksfest nun einmal mit sich bringt. Die Blaskapelle wurde nicht müde, die Gäste durch musikalische Einlagen zu unterhalten. Besonderen Beifall erhielt sie, als sie die „Freischütz-Fantasie“ vortrug, mit welchem Stück sie in Holland ihren 3. Preis erobert hatte. Auch der Gesangsverein „Eintracht“ stellte sich in ungenutzter Weise zur Verfügung und übernahm die gesangliche Seite des Festes, das das letzte in diesem Jahr sein soll und in seiner Vielseitigkeit — das kann gesagt werden — für jeden Dorfbewohner etwas Schönes geboten hat. — Am vergangenen Samstagabend hatten sich Gesangsverein und Musikverein zusammengefunden, um Herrn Theodor Eisele, Haessgasse, ein Geburtstagsständchen zu bringen. Der Genannte, der im Gesangsverein zu den aktiven, im Musikverein zu den passiven Mitgliedern zählt, vollendete am Sonntag, 9. September, sein 50. Lebensjahr. Herzlichen Glückwunscht!

Uns Ehenot

Eisenrot. Am vergangenen Sonntag hielt der Musikverein Harmonie im „Strauß“ seine Generalversammlung ab. Sie wurde entgegen der Gepflogenheit dieses Mal etwas später abgehalten, da man die Renovierung des Vereinslokals abwarten wollte. Dennoch war die Teilnahme der Mitglieder an diesem wichtigen Ereignis im Vereinsjahr sehr gut. Vorst. Hch. Schottmüller berichtete hauptsächlich über das Ergebnis des 30jährigen Stiftungsfestes und konnte mit Befriedigung feststellen, daß dieses Vereinsfest ein voller Erfolg gewesen ist. Die Verwaltung war mit seinem Verlauf ebenso zufrieden wie Bevölkerung und Gäste, die beide zum Gelingen wesentlich beigetragen hatten. Ein besonderes Lob galt dem Entgegenkommen der Ettligen Brauerei Huttenkreuz. Ferner konnte er der Blaskapelle, der Zöglingkapelle und deren Dirigenten Oskar Rabold, seine Anerkennung aussprechen und den Dank für die Verschönerung dieses und anderer Feste in- und außerhalb des Dorfes übermitteln. Alle Veranstaltungen hätten bewiesen, daß der Eisenroter Musikverein seinen guten alten Ruf wiedererworben habe. Nach alter Tradition sieht der Vereinskalender auch in diesem Jahr wieder eine Weihnachtsfeier vor, die am 23. Dezember im Vereinslokal stattfinden wird. — Im Oktober ist eine Pfalzfahrt geplant, zu der die Anmeldungen in den nächsten Tagen erbeten werden. Nähere Auskunft erteilt darüber der Vereinsdiener.

Herrenalb

Herrenalb. Dem Unternehmer Kost (Karlsruhe) wird von der Stadtgemeinde Herrenalb die Umgrubung des städt. Schuttablagereplatzes zwecks Entnahme von verwertbaren Gegenständen gemäß der getroffenen Vereinbarung gestattet. — Als Mitarbeiter für den Volks-

bund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wurde Forstmeister Thym bestellt. — Der Freiwilligen Feuerwehr Herrenalb wird im Rechnungsjahr 1951 der nachgesuchte Beitrag bewilligt. — Für die durch den Einbau einer Wohnung im Städt. Kurhaus entstehenden Malerarbeiten wurde von der Firma Pfrommer & Hahn das niedrigste Preisangebot abgegeben und ihr den Auftrag erteilt. — Zu dem geplanten Bauvorhaben von Fotografenmeister Herr und Schneidermeister Herbert Thoma auf einem städt. Grundstück in der Klosterstraße wurde ein von Architekt Hudemayer (Dobell) ausgearbeiteter Vorentwurf in der Sitzung des Gemeinderat zur Einsichtnahme vorgelegt. Es wurde beschlossen, sich mit dem geplanten Bauvorhaben einverstanden zu erklären unter Berücksichtigung einiger Anregungen, welche vom Gemeinderat gewünscht wurden. — Herr Hans Schmitz in Spöck bittet um Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb eines Altersheims im Gebäude Bernsteinweg 11, früher Haus Mariabell, unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen. In dem Gebäude sollen nur Pensions- und Rentempfänger untergebracht werden. Der Antrag wird mit entsprechender Stellungnahme an das Landratsamt weitergeleitet. — Der zwischen der Firma Gebrüder Theurer, Sägewerk und der Stadtgemeinde Herrenalb im Jahr 1950 abgeschlossene Vertrag über die Aufstellung der Drehschleife auf dem Grundstück dieser Firma wurde von dieser wegen eigenen Bauvorhabens gekündigt. Wegen der anderweitigen Aufstellung der Drehschleife werden Verhandlungen mit anderen Grundstückbesitzern aufgenommen.

Herrenalb. Am 16. 9. feiert Direktor Ernst Frank seinen 63., am 17. 9. Frau Bühler Wwe., Händlerin, den 73., am 19. 9. Frau Josefine Meck, Waldheim, den 76., am 20. 9. Konrad Roos den 80., am 21. 9. Hugo Stöckert, Tierarzt, den 73., am 22. 9. Amalie König, Schanz, den 70., am 24. 9. Paul Waldmann, Sattlermeister, den 77. und am 29. 9. Jakob Kübler, Postbeamter a. D., den 76. Geburtstag. Wir beglückwünschen die Geburtstagskinder und wünschen ihnen auch weiterhin einen gesegneten Lebensabend.

Meldung aus Schielberg

Richtfest der „Neuen Heimat“ Schielberg. Die Baugenossenschaft „Neue Heimat“ erstellt auf ihrem Gelände, in der Nebenstraße am Ortseingang von Frauenalb am Waldsaum gelegen, vier Doppelwohnhäuser für 16 Wohnungen. Das erste Doppelhaus ist mit vier Familien bezogen. Zwei weitere Doppelhäuser sind soweit, daß am letzten Samstag Richtfest gefeiert werden konnte. Pfarrer Krämer, der Vorsitzende der Siedlergenossenschaft Schielberg, begrüßte den Geschäftsführer der „Neuen Heimat“, Herrn Überreiter, ebenso die anwesenden Handwerker und Siedler. Im Namen der Siedler sprach Oskar Rieger dem Vorsitzenden, der Bauleitung und den Handwerkern den Dank aus für den in so kurzer Zeit erfolgten Aufbau. Anschließend fand noch gemütliches Besamensein beim üblichen Richtfestschoppen statt. Anschließend an das Gelände der „Neuen Heimat“ ist ein privates Wohnhaus im Rohbau fertiggestellt. Ein weiteres privates Einfamilienhaus ist vor einigen Tagen bezogen worden. In einiger Zeit kann ein weiterer privater Neubau mit einer Familie bezogen werden. Damit ist der Wohnungsnot in der Gemeinde noch nicht behoben, da die Bautätigkeit hier jahrelang vollkommen ruhte.

Sport-Nachrichten der EZ

Vereinsmeisterschaften des TuS Ettligen und TV Ettligenweiler Der TuS Ettligen und der TV Ettligenweiler führten am Sonntag gemeinsam auf dem Sportplatz des Tu Bruchhausen die diesjährigen leichtathletischen Vereinsmeisterschaften durch. Beim Tu Ettligenweiler wurden folgende neuen Vereinsmeister ermittelt: Jugend: Weitsprung: Josef Günther; Kugelstoßen: Josef Günther; Hochsprung: Josef Günther, 100-m-Lauf: Josef Günther.

In sämtlichen durchgeführten Disziplinen konnte also Josef Günther unangefochten den Titel erringen.

Senioren: Weitsprung: Gerhard Reuter; Kugelstoßen: Herm. Lumpp II; Speerwerfen: Franz Weber; Schleuderball: Herm. Lumpp II; 100-m-Lauf: Gerhard Reuter.

Die neuen Meister des TuS Ettligen sind: Jugend: Weitsprung: Walter Zidek; Kugelstoßen: Georg Kestner; Hochsprung: Karl Weber; 100-m-Lauf: Georg Kestner.

Senioren: Weitsprung: Walter Kern; Kugelstoßen: Walter Kern; Speerwerfen: Walter Kern; 100-m-Lauf: Walter Kern.

Auch hier ist bezeichnend, daß Walter Kern sämtliche Titel erringen konnte.

Beim Staffellauf (mal eine halbe Runde konnte der TV Ettligenweiler vor Ettligen den 1. Platz belegen. Im allgemeinen konnten überall zufriedenstellende Leistungen erzielt werden. Zum Abschluß der Veranstaltung trafen sich die Leichtathleten abends im Adlersaal zu einem kleinen Tanzvergnügen.

Karlsruher Viehmarktbericht vom 11. 9.

Auflrieb: Rinder 288, Kälber 269, Schafe 28. Schweine 1846. — Preise in Pfennigen pro Pfund Lebendgewicht: Ochsen AA 123—126, A 95—101, B bis 80; Bullen: AA 102—107, A 85—101, B bis 60; Färsen AA 102—109, A 85—101, B bis 60; Kühe AA 85—92, A 61—68, B 75—80, C 65—74, D bis 54; Kälber A 140 bis 155, B 125—135, C 105—120; Schafe 75—85; Schweine A 125—137, B 125—138, C 124—128, D bis F 125—132, G 115—125. — Markterlöse: Rinder: beibeh. Kälber: flott geräumt. Schweine: schließend Überstant.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 10. 9.

Auflrieb: Großvieh 382, Kälber 218, Schweine 1785, Schafe 28. — Preise je 1/2 kg Lebendgewicht: Ochsen AA Jung 85—102, A 75—87, B 65—80; Bullen AA Jung 125—128, A 95—101, B bis 60; Färsen AA 102—109, A 85—101, B bis 60; Kühe AA 85—92, A 61—68, B 75—80, C 65—74, D bis 54; Kälber A 140 bis 155, B 125—135, C 105—120; Schafe 75—85; Schweine A 125—137, B 125—138, C 124—128, D bis F 125—132, G 115—125. — Markterlöse: Rinder: beibeh. Kälber: flott geräumt. Schweine: schließend Überstant.

Mannheimer Produktenbörse vom 11. 9.

Am Brotgetreidemarkt ist die Einkudung der Mühlen mit Roggen zum größten Teil abgeschlossen, während das Interesse für Weizen immer noch lebhaft ist. Aus Importen und Freigaben stehen für die erste Hälfte des Septembers für Württemberg-Baden folgende Mengen zur Verfügung: 1500 t kanadischer Weizen, eine kleinere Partie Roggen, 1350 t Getreide für Nahrungsmittelindustrie sowie 130 t Milocoorn, 100 t Gerste und 70 t Schmalz. Die Mischfutterherstellung. Am Hafermarkt ist die Geschäftstätigkeit lebhafter. Am Gerstenmarkt wurde Sommergerste ab Süd- deutschland zu 42.50 DM angeboten. Der Braugerstmarkt ist noch entwicklungsbedürftig. Der Mehlmarkt ist weiterhin blühend, das Interesse für Roggenmehle verschiedener Typen hält an. Der Futtermittelmarkt steht unter dem Eindruck von leichten Preisrückgängen an den auswärtigen Märkten. Die bisher aus Nord- und Westdeutschland vorliegenden Anfragen auf Cassatenmehle sind zurückgegangen. Die Preise für ölhaltige Futtermittel und auch für Kleie bröckeln leicht ab. Auch Fischmehle bleiben kaum stetig. Raubfuttermittel und Karottensäfte sind reichlich beschickt, die Nachfrage bleibt jedoch stark zurück. Die Oberrheinischen Ölmöhlen gewähren für Rape auf Basis zehnprozentiger Feuchtigkeit franks Mühle 78 DM. Die Forderungen der Landwirtschaft liegen höher.

Obstgroßmarkt Oberkirch

Preise am 10. Sept.: Zwetschgen 12—24, Pflirsche 10—30, Äpfel 8—30, Birnen 15—42, Tomaten 15—17, Pflifferlinge 70—78.

Bücher und Zeitschriften

Walt Disney's „Micky Maus“ Das bunte Monatsheft eine Zeitschrift für große und kleine Kinder. Im EHAFA-Verlag Stuttgart, erschien am 1. September 1951 erstmalig in deutscher Sprache Walt Disney's „Micky Maus“, das bunte Monatsheft (Preis 75 Pfennig). Diese neuartige Zeitschrift für alle Kinder von 3—10 Jahren bringt auf 22 Seiten — je ein einzelnes im Vierfarb-Druck — eine Fülle lustiger Bilder und Geschichten von der Meisterhand Walt Disney's. All die bezaubernden Figuren, die wir aus seinem Film Micky Maus, Schneewittchen, Rami und Pinocchio kennen, erleben in dieser lustigen Zeitschrift jeden Monat ein neues Abenteuer. So wird Walt Disney's bunter Monatsheft „Micky Maus“ bald das Entzücken unserer Kinder sein, und die großen, die im Herzen jung geblieben sind, werden gern das Vergnügen mit den kleinen teilen.

Das höchste Ziel

Jeder Hausfrau ist ein schöner Holzfußboden. Dies erreicht man ganz einfach durch KINESSA-Holzbeschlag, welcher wie Bohnerwachs aufgetragen wird. Nach kurzer Zeit glänzen und der Boden strahlt in wunderbarer schöner Farbe. Alte Böden werden wie neu mit

KINESSA HOLZBALSAM

Verkaufdepot Badenia-Drogerie Leopoldstr. 7 Telefon 290

STELLENANGEBOTE

Junges Mädchen für leichte Hausarbeit bei gutem Essen und Lohn täglich 9.00 bis 14.00 Uhr auf 15. 9. gesucht. Zu erfr. unter 3009 in der EZ

VERSCHIEDENES

1-2000 DM gegen guten Zins und Sicherheit für Existenz-aufbau gesucht. Angeb. unter 3010 an die EZ

Ursula Gerlinde Bühler Durch einen tragischen Unglücksfall wurde mein liebes Kind und Schwesterlein im Alter von 3 Jahren jäh von uns genommen. Sie folgte ihrer lieben Mutti nach kaum vier Monaten in die ewige Heimat nach. In Namen der Hinterbliebenen August Bühler und Kind Gabriele Ettligen, Badener-Tor-Str. 17, 12. September 1951 Die Beerdigung findet heute 17.30 Uhr in Grötzingen statt

Besucht Die religiöse Woche in St. Martin Jeden Tag um 16.30 Uhr und um 20.15 Uhr Predigt von P. Dr. Berard Wingenfeld O. F. M. Thema: Die sieben hl. Sakramente u. das Leben des Christen

Junges Mädchen zur Mithilfe von 8.00 bis 16.00 Uhr im Haushalt gesucht. Hausgehilfin vorhanden. Frau M. Pfeiffer, Ettligen, Scheffelstraße 54 am Sportplatz

STÄDT. BEKANNTMÄCHUNGEN

Betr. Volksabstimmung am 16. September 1951 Aufgrund einer einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts wurde der Termin für die Volksabstimmung ausgesetzt, d. h., daß die Volksabstimmung am 16. September 1951 nicht stattfindet. Ich gebe diese Anordnung hiermit bekannt und bitte die Stimmberechtigten in der Stadt Ettligen, die Ihnen zugestellten Wahlbenachrichtigungskarten aufzubewahren, weil diese für die nächst folgende Abstimmung ihre Gültigkeit behalten. Ettligen, den 11. September 1951. Der Bürgermeister

ZUKAUFEN GESUCHT

Zimmerofen und Damenrad zu kaufen gesucht. Angeb. unter 3008 an die EZ

3-4 amerikanische Feldbetten zu kaufen gesucht. J. u. F. Müller, Kunststeinwerk und Plattenspezialgeschäft, Ettligen, Rheinstraße 48

Heute Schlachttag im Gasthaus zum Kreuz

Der Kenner lobt, der Zweifler probt: BADENIA-PUTZOEL das angenehm riechende Reinigungsmittel für gewachste Böden jeder Art. Ohne Wasser, Seife und Späne anwendbar. Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Telef. 290

Most hergestellt aus Äpfel und Birnen hält nicht, lassen Sie sich beraten durch die Markt-Drogerie Rob. Ruf Ettligen

Jeden Mittwoch Schlachttag in der Restauration Nagel Pilo poliert jeden Schuh

Umschau in Karlsruhe

2203 Wohnungen im Bau
 Karlsruhe (Iwb). Im Auftrag der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland werden im Geschäftsbereich Süd gegenwärtig 2203 Wohnungen gebaut. Dieser Geschäftsbereich umfaßt die Länder Württemberg-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden, Hessen und Rheinland-Pfalz. Auf den Landesbezirk Nordbaden und Hessen entfallen 610, auf Südbaden 643 Wohnungen.

In Notwehr erschossen
 Karlsruhe (Iwb). In der Karlsruher Altstadt hat ein Polizist einen Mann erschossen, der von dem Beamten wegen Ruhestörung zur Rede gestellt worden war. Der Mann zog ein Messer und griff den Polizisten an, worauf dieser einen Schuß abgab. Der Angreifer wurde tödlich verletzt.

Lehrerschaft gegen Schulsammlungen
 Karlsruhe (UP). Gegen den „wider Überhandnehmenden Mißbrauch der Schulsammlungen“ zu Sammlungen aller Art wendet sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nord- und Südbaden in einer Entschuldigungs-Nach Meinung der Lehrerschaft habe die Schule in erster Linie pädagogische Aufgaben zu erfüllen. In dieser Auffassung werde sie auch bestärkt durch die täglich an sie herangetragenen Beschwerden der Eltern. Die Lehrerschaft verwahre sich dagegen, daß man sie dauernd in die mißliche Lage bringe, zwischen den Anordnungen der Behörden und den Wünschen der Eltern entscheiden zu müssen.

Aus der badischen Heimat

Protest gegen zu geringen Staatszuschuß
 Neckarhausen (Iwb). Die Einwohner der Gemeinde Neckarhausen haben in einer Bürgerversammlung dagegen protestiert, daß ihr ein Zuschuß von 20 Prozent zu dem geplanten Schulhausbau der Gemeinde vom Land abgelehnt worden ist. Die Gemeinde hatte für den Bau des Schulhauses, der 500 000 DM kosten wird, 100 000 DM als Zuschuß beantragt. Das Land hatte jedoch nur 10 000 DM gewährt und festgelegt, die Steuerquellen in der Gemeinde seien noch nicht genügend ausgeschöpft. Der Bau des Schulhauses soll trotz des geringeren Zuschusses in dieser Woche in Angriff genommen werden.

Einen ganzen Geldschrank gestohlen
 Heidelberg (Iwb). Weil sie ihn nicht aufbrechen konnten, nahmen unbekannte Diebe in einer amerikanischen Heereskantine in Heidelberg einen ganzen Geldschrank mit. Der Schrank, der am Boden festgeschraubt war, enthielt rund 200 Dollars und 2000 Mark.

Aula der Universität freigegeben
 Heidelberg (Iwb). Die Aula der neuen Universität in Heidelberg wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht in die Zuständigkeit der Universität Heidelberg zurückgegeben. In einer Feierstunde, an welcher der Senat der Universität und der Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Swart teilnahmen, überreichte ein amerikanischer Offizier dem Rektor der Universität, Professor Dr. Schneider, den Schlüssel der Aula. Einige Räume der neuen Universität sind immer noch für Unterrichtszwecke der amerikanischen Armee beschlagnahmt.

Im Pyjama im Himmelreich
 Freiburg (ZSH). Drei Belgier, die auf einer Schwarzwaldfahrt in Himmelreich am Eingang des Höllehtals in Zeit übernachteten, fühlten sich am nächsten Morgen aus dem Himmelreich ins Höllehtal versetzt, als sie feststellten, daß ihnen während der Nacht noch unbekannte Täter sämtliche Kleidungsstücke und 11 000 Francs aus ihrem Auto gestohlen hatten. Es blieb ihnen nichts anderes

übrig, als sich im Pyjama auf die Bundesstraße zu stellen und vorbeifahrende Kraftfahrer um Hilfe und Benachrichtigung der Polizei zu bitten.

Arbeitstagung der badischen Landräte
 Stockach (Ibs). Die Landräte der 18 südbadischen Landkreise berieten in ihrer Eigenschaft als Kreisvorsitzende in Stockach mit ihren Stellvertretern und Referenten aus den Ministerien in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der badischen Landkreise allgemeine aktuelle Verwaltungsfragen. Im Mittelpunkt standen die Finanzierung von Schulhausneubauten, die Einrichtung hauswirtschaftlicher Jahresklassen und die Gewährung von Beihilfen für Beschaffung von Winterfeuerung.

Heidelberg. Ein Landesverband Baden des „Bundes der Berliner“ ist in diesen Tagen in Heidelberg gegründet worden. Der Verband umfaßt die Gebiete Nord- und Südbaden. (Ib)

Baden-Baden. Anfang Oktober kann mit der Einweihung und Inbetriebnahme des stärksten UKW-Senders des Südwesrfunks auf der Hornisgrunde gerechnet werden. (Ib)

Überlingen. 14 000 DM stehen für den Wiederaufbau des Überlinger Volksturns zur Verfügung, nachdem das Ministerium zu Gunsten des Münsters einen guten Erfolg verzeichnen konnte. (Ib)

Sickingen. Bis zu 98 Prozent beträgt der Getreideausfall nach einer ersten Übersicht, der durch die Unwetterkatastrophen im Holzswald der Landwirtschaft entstanden ist. (Ib)

Aus den Nachbarländern

Er ließ 100 000 Mark im Stich
 Ravensburg (hpd). Der Frankfurter Spediteur Erich Pracht, der in den Lindauer Kaffeeschmuggel sowie in den Zigaretten-Großschmuggel der Gebrüder Schwarz verwickelt ist, wurde vor einigen Monaten aus der Untersuchungshaft gegen eine Kaution entlassen. Diese 100 000 Mark ließ er im Stich, nachdem er es vorzog, von der Bildfläche zu verschwinden.

Der Tod im Stall
 Waiblingen (hpd). In Offingen hatte ein Landwirt zwei Papierfüße dicht beieinander stehen. In der einen Tüte befand sich Futterkalk, in der anderen ein Rest Kalkarsen. Als er man sein Vieh mit Futterkalk füttern wollte, griff er nach der falschen Tüte, gab also dem Futter das giftige Kalkarsen zu, was dem Tod von sechs Tieren zur Folge hatte. Dies bedeutete für den Landwirt, der nicht versichert ist, einen Schaden in Höhe von 2500 Mark.

Uranfunde auch in Südwürttemberg
 Tübingen (UP). Uranminerale sind jetzt auch in Südwürttemberg bei Reinerzau im Schwarzwald festgestellt worden. Reinerzau liegt im Kreis Friesdenstadt und in unmittelbarer Nachbarschaft der badischen Uranfunde in Wittichen im Wolfswald. Ob das südwürttembergische Uranvorkommen abbaubar ist, kann nach Mitteilung des Tübinger Innenministeriums noch nicht entschieden werden.

Gutachten zum Neugliederungsgesetz

Klage wegen der Benachteiligung des Landes

Stuttgart (Iwb). Bei der mündlichen Verhandlung der südbadischen Klage gegen die Neugliederungsgesetze vor dem Bundesverfassungsgericht am 2. Oktober ist Württemberg-Baden voraussichtlich durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Dr. Veit, Universitätsprofessor Dr. Gönnerwein (Heidelberg) und Oberlandesgerichtspräsident Martens vertreten. Als Vertreter Württemberg-Hohenzollerns werden Staatspräsident Dr. Gebhard Müller, Innenminister Renner und Universitätsprofessor Dr. Schneider an der Verhandlung teilnehmen. Die württemberg-badische Regierung koordinierte in einer Sitzung, an der auch der südwürttembergische Innenminister Renner teilnahm, die Auffassungen der beiden Landesregierungen in dieser Frage. Es wurde eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die noch im Laufe dieser Woche ein Gutachten für die Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht auszuarbeiten soll. Der württemberg-badische Ministerat wird voraussichtlich am kommenden Montag zu dem Gutachten Stellung nehmen.

Wie Ministerpräsident Dr. Maier nach der Kabinettsitzung bekanntgab, ist die Klage Württemberg-Badens wegen der Benachteiligung des Landes beim Finanzausgleich vom Finanzministerium fertiggestellt worden. Der Schriftsatz wird zur Zeit noch von einem Fachmann überprüft und dann dem Bundesverfassungsgericht zugeleitet werden.

Dr. Brandenburg mahnt zur Einsicht
 Pforzheim (Iwb). Die Bevölkerung solle über die vom Bundesverfassungsgericht erlassene einstweilige Verfügung zur Südweststaatsfrage keinen Groll oder Mißmut zeigen, sagte der Pforzheimer Oberbürgermeister Dr. Brandenburg auf einer Pressekonzferenz. Es sei besser, wenn die Abstimmung in einer rechtlich abgeklärten Situation stattfindet. Dr. Brandenburg vertritt die Ansicht, daß eine Umstellung der Abstimmungsbezirke höchstens dahingehend erfolgen könne, daß die jetzt bestehenden drei Länder Württemberg-

Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zu Abstimmungsbezirken erklärt werden, weil diese Länder von der Bevölkerung anerkannte politische Realitäten seien. Im übrigen solle man der Objektivität und Gewissenhaftigkeit des Bundesverfassungsgerichts nicht vorgreifen. — Der Oberbürgermeister betonte, daß eine Wiederherstellung des alten Landes Baden die Stadt Pforzheim vor eine grundsätzlich veränderte Situation mit einschneidenden Veränderungen in der Kommunalpolitik stellen würde. Der Enzyklopedische Zusammenbruch nicht nur der Stadt Pforzheim, sondern auch der übrigen drei großen nordbadischen Städte wäre die unvermeidbare Folge.

Wieder Südweststaat-Zwischenfall
 Hilbert (CDU) griff Ministerpräsident Maier an — Etablierungen festgesetzt

Freiburg (Ibs). Im badischen Landtag kam es wieder zu einem Zwischenfall, als das Wort „Südweststaat“ fiel. Der CDU-Landtags- und Bundestagsabgeordnete Hilbert verwarf sich gegen die „unverschämten Angriffe“ des württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Maier, der in einer Rede in Stuttgart südbadische Politiker des Landesvertrats bezieht habe.

Der Zwischenfall wurde ausgelöst, als der FDP-Abgeordnete Vortisch auf die Vorteile eines Südweststaates in der Frage der Bekämpfung der Wildschweineplage hingewiesen hatte. Erregt stellte Vortisch nach der Äußerung Hilberts an den Landtagspräsidenten Dr. Person die Frage, ob es zulässig sei, daß ein Abgeordneter im badischen Landtag den Ministerpräsidenten eines anderen Bundeslandes „unverschämte Angriffe“ zuerzählen dürfe. Vortisch forderte einen Ordnungsruf gegen Hilbert, den der Landtagspräsident jedoch nicht erteilte. Person bemerkte lediglich, solange der beanstandete Inhalt der Worte Maiers nicht als un wahr nachgewiesen werde, sei die Bezeichnung „unverschämte“ nicht gerechtfertigt.

Rekordeinbrecher festgenommen

Heidenheim (SWK). Ein junger Mann aus Hamburg hat in zwei Nächten in sieben Gaststätten Einbruchdiebstähle verübt. Nach seiner letzten Strafverbüßung hatte er sich in Stuttgart und im Bodenseegebiet herumgetrieben, um von dort in die Heidenheimer Gegend zu gelangen, wo er endlich gefaßt wurde.

Buben machten ein Feuerle

Schwäb. Gmünd (hpd). Zwei Buben im Alter von zehn und sechs Jahren zündeten in Bartholomä in einem Schuppen ein Feuerle an, wodurch die darin befindlichen landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen durch den Brand vernichtet wurden. Der Sachschaden beläuft sich auf 15 000 DM.

Aus dem Gerichtssaal

Magere Fettheringe — Irreführende Bezeichnung von Fischkonserven

Karlsruhe. Werner B., Prokurist einer Fischkonservenfabrik in Hamburg wurde, wie seinerzeit in der EZ berichtet, durch das Amtsgericht Ettlingen wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz zu einer Geldstrafe von 150 DM verurteilt. Diese Firma hatte ein Lebensmittelgeschäft in Ettlingen mit Fischkonserven unter der Bezeichnung „Fettheringe“ beliefert. Das Erzeugnis wurde wegen irreführender Bezeichnung beanstandet. Die Untersuchung einer Probe durch die Staatl. Lebensmitteluntersuchungs-Anstalt in Karlsruhe ergab einen Fettgehalt von nur 4,59%. Nach dem Gutachten des Direktors der Anstalt, Dr. Beuerle, bewegt sich der Fettgehalt bei Heringen zwischen 3 und 17%. Fettheringe müssen mindestens 10% Fett aufweisen. Der Fettgehalt muß nach der Verarbeitung über dem Durchschnitt liegen. Eingedoste Heringe weisen sonst einen Fettgehalt von 10 bis 14% auf. Die beanstandeten Heringe müssen schon vor dem Sterilisationsprozeß einen zu geringen Fettgehalt gehabt haben. Der Käufer kann verlangen, daß die Waren mit einer ihrer Qualität entsprechenden Bezeichnung angeboten werden. Auf Grund des Gutachtens gelangte das Gericht zu der Überzeugung, daß die Ware unter irreführender Bezeichnung in den Handel gebracht wurde, wofür der Angeklagte die Verantwortung trägt.

Der Angeklagte legte gegen das Urteil Berufung ein, mit der er seine Freisprechung erstrebte. Viele hundert Millionen Dosen gelangten an die Verbraucher ohne jegliche Beanstandung. Die Bezeichnung „Fettheringe“ habe sich so eingebürgert, daß man in den Fachkreisen an das Fett nicht mehr denke. Während des Kochprozesses gehen einige Prozent Fett aus dem Hering in die Tunke über. In seiner Stellungnahme zu den Einwendungen des Angeklagten führte Dr. Beuerle aus, die Bezeichnung „Fettheringe“ dürfe nur verwendet werden, wenn sie dem Fettgehalt entspricht. Die Hausfrau ist in jedem Falle über einen Fettgehalt von 4,5% enttäuscht. Der Fettverlust durch den Kochprozeß ist minimal.

Die Strafkammer wies die Berufung zurück. Nach der Auffassung des Gerichts ist auszugehen nicht von den Interessen der Fischindustrie, sondern vom Lebensmittelgesetz zum Schutz des kaufenden Publikums. Danach ist eine irreführende Bezeichnung verboten. Der Hering von 4,59% lag an der untersten Grenze des Fettgehalts, während die Bezeichnung „Fettheringe“ lautete. Der Käufer erwartete einen besonders fettreichen Hering. Diese Irreführung sei sich der Angeklagte bewußt gewesen. Es bedeutet eine bewußte Irreführung, wenn solche mageren Fische als Fettheringe bezeichnet werden. Es war B. nicht zu widerlegen, daß ein Handelsbrauch dahintersteht, eingedoste Heringe als Fettheringe zu bezeichnen. Der Schutz des kaufenden Publikums erscheint heute im Zeichen der Gewerbefreiheit besonders notwendig, daher konnte auch keine Einstellung nach § 153 erfolgen. fm.

DIE LETZTE LIEBE

ROMAN VON H. P. LARSEN

Copyright by Dr. Paul Herzog, Tübingen durch Verlag v. Graberg & Gög, Wiesbaden

(6. Fortsetzung)

Dr. Burgdorf öffnet ihr selbst. Er tut das oft. Sie hört seinen schnellen, elastischen Schritt auf dem Flur, und gleich darauf fliegt auch die Tür auf, und mit einem lachenden „Guten Morgen, mein Kind“, zieht er sie hinein.

Er ist offensichtlich glänzend ausgeschlafen, frisch gebadet, strahlender Laune. Sie kennt ihn kaum anders. Den häßlichen Auftritt mit Dr. Alwa vom Abend vorher hat er vergessen. Der Schlaf läßt vieles bei ihm aus.

„Kommen Sie, trinken Sie noch eine Tasse Kaffee mit mir, Kind“, und er öffnet vor ihr die große, helle Glasveranda, die schon wohligh erwärmt ist.

Während Dora ablegt ihren einfachen Mantel und ihren nicht sehr neuen, aber kleidsamen Hut, ruft er in den Korridor: „Frau Schallek, bitte noch eine Tasse...“

„Kommen Sie“, wendet er sich zu Dora, „machen Sie es sich bequem.“ Er rückt ihr ein dickes Kissen in den harten Pedigrohrstuhl, und nun sitzen sie beide, wie schon so oft, an dem kleinen, runden Tisch und trinken Kaffee. Frau Schallek hat die Tasse für Dora gebracht, und er gießt den Kaffee ein.

„Gut geschlafen, Kind?“
 „Danke, Doktor, ich schlafe immer gut.“
 „Kein Wunder, bei Ihrer sorglosen Jugend.“ Er lacht herzlich.

„Sorglos?“ Sie runzelt die Stirn. „Wer ist überhaupt sorglos?“
 „Um Gottes willen, fangen Sie nicht am frühen Morgen an zu philosophieren, Kind, dazu sind Sie viel zu hübsch...“

„Danke.“ Sie sagt das mit einem kühlen, spöttischen, überlegenen Tonfall.
 „O bitte. Und was macht unsere geliebte kleine Stadt?“

„Sie erzählt sich allerhand, Doktor. Das tut sie immer.“

„Auch von mir?“
 Dora nimmt die Tasse und trinkt langsam ihren Kaffee. Die Angst ist aus ihrem Herzen geschwunden. Nein, wenn sie ihm gegenüber sitzt, gibt es keine Angst. Dazu ist viel zuviel unverwundliches, junges Leben in ihm, trotz seiner weißen Haare.

„Von Ihnen? Von Ihnen erzählt sie schon ganze Hände, Doktor!“
 Beide lachen. „Wenn die alle wüßten, wie schwer ich arbeiten muß, um mein Brot zu verdienen, was?“

„Gewiß, Herr Doktor. Sie arbeiten. Aber Sie haben leider auch für andere Dinge noch sehr viel Zeit.“

„Moralpredigt?“
 „O nein. Was geht es mich schließlich an, was Sie tun?“

Seine großen, dunklen Augen richten sich voll auf sie. Ihr Gesicht ist ganz ruhig. Ihre Lippen sind fest geschlossen. Sie sieht an ihm vorbei durch das große Fenster, das auf den Park geht, in dem der Wind mit den noch kahlen Aesten spielt.

Er kaut sein Brötchen, und bei einem flüchtigen Aufblicken sieht sie ihn mit ganz versunkenen Augen dasitzen. Es ist seltsam, wie dieser Mann sich jäh verwandeln kann. Aber diese Verwandlung dauert nur einen Augenblick. Schon lacht er wieder.

„Schließen Sie mal los, Kind, was redet man von mir?“
 „Soll ich wirklich, Doktor? Ich sage Ihnen gleich, das wird schlimm.“

„Je schlimmer, desto besser...“
 „Nun“, sagte sie leise, „heute früh hat mich mein Vater gefragt, ob es mir nicht lieber wäre, ich stelle die ihm von Anfang an unsympathische Arbeit bei Ihnen ein. Als ich ihn fragte, was denn geschehen sei, wollte er nicht recht mit der Sprache heraus. Ob Sie sich denn immer mir gegenüber als Ehrenmann bekommen hätten.“

Dr. Burgdorf lacht hell auf.
 „Lachen Sie doch nicht“, sagt sie zornig, „die Dinge sind viel zu ernst. Sie rechnen nicht mit

der kleinen Stadt, Doktor, vor allem nicht mit ihrer Feindschaft...“

„Mit ihrer Feindschaft...?“
 „Natürlich, ein Mann wie Sie, der hier so aus dem Rahmen fällt, wird hier immer angefeindet werden. Sie sind den Leuten ein fremdes Wesen. Außerdem aber — ich möchte nicht zu deutlich werden, Doktor, aber ich möchte Ihnen gegenüber auch ehrlich sein — was Sie mit den Frauen anstellen, ist doch schlimm...“

„So?“ Es sieht immer noch aus, als verbiße sich Burgdorf das Lachen. Dora's Zorn wächst.

„Glauben Sie denn, Doktor, es bleibt hier wirklich ein Geheimnis, wenn Sie mit verheirateten Frauen... ich meine, wenn Sie Ehen in Unruhe und Unfrieden bringen, die bisher, wie ist ja gleichgültig, gehalten haben, wenigstens äußerlich...“

„Äußerlich...aha.“
 „Schön, vielleicht waren sie immer brüchig, aber brechen tun Sie die Bindungen, die bisher, meinetwegen unter dem Zwang von kleinbürgerlicher Angst und Ego, noch gehalten haben...“

„Halt!“ sagt er, und seine große rechte Hand schwebt einen Augenblick mit einer heftigen Gebärde vor ihren Augen durch die Luft.

„Halt mein Kind. Reden Sie nicht weiter, es ist alles falsch, was Sie sagen. Diese Ehen, von denen Sie sprechen, sind ja längst zerbrochen. An mir wird das nur offenbar! Es ist doch so, als ob diese Frauen geradezu auf mich gewartet haben, um sich — und leider auch mich — zu gestehen, wie unglücklich sie in dem engen Zaun sind, den dieses Leben um ihr Glücks- und Liebesbedürfnis gezogen hat. Sie laufen mir ja nach, Kind, sie lassen mir ja Tag und Nacht keine Ruhe, sie schreiben sogar Briefe, machen Geständnisse, die ich nicht verlangt habe, sie bauen Hoffnungen auf mich, die ich nicht erfüllen kann...“

... und aus alledem ziehen Sie Ihren Vorteil...“

„Dafür bin ich ein Mann, Kind“, lacht er. Sie sieht ihn an, er bemerkt plötzlich in ihrem Blick eine große Traurigkeit. Mein Gott,

denkt er... dieses Müdel da, dieses nette Kind etwa auch schon...?

„Hören Sie mal, Doktor“, sagt Dora ernst, und er erschrickt plötzlich, weil ihre Augen seltsam feucht geworden sind... „wenn wir schon darüber sprechen: ich habe Angst um Sie...“

„Angst?“ Nun lacht er wieder. So lebenssicher, so unbeschwert wie ein großer Junge, dem etwas ungeheuren Spaß macht. „Angst?“ Ich glaube Sie sehen die treulosen Gattinnen dieses lieblichen Nestes schon mit Gift und Dolch zu mir schleichen, um mich aus Eifersucht und weil ich sie ja doch eines Tages gräßlich enttäusche, umzubringen, und die betrogenen Ehegatten stürmen hinterher mit dem geladenen Revolver... o Gott... o jugendliche Phantasie!“

Er kann sich gar nicht beruhigen, so sehr amüsiert ihn diese Vorstellung.
 „Wenn es nur Phantasie wäre...“, sagt Dora ernsthaft.

Einen Augenblick schweigen sie beide. Dr. Burgdorf ist ernst geworden. Sein Gesicht spannt sich. Er ist noch eitel auf seine Erfolge, eitel wie alle Männer, denkt Dora.

„Versprechen Sie mir bitte, Kind, daß Sie mir nicht böse sind, wenn ich Sie jetzt etwas frage. Es bleibt unter uns. Kein Klatschmaul dieses klatschwütigen Ortes soll sich meiner Frage und Ihrer Antwort bemächtigen. Versprechen Sie es mir?“

„Wenn Sie es wünschen...“
 „Gut. Sagen Sie mir ehrlich, Dora: Lieben Sie mich eigentlich auch?“

„Wollen wir nicht arbeiten, Doktor?“ fragt sie ruhig.
 „Wollen Sie mir keine Antwort geben?“

In diesem Augenblick klingelt es. Dr. Burgdorf sieht Dora fragend an. „Wollen Sie öffnen?“
 Schweigend geht Dora zur Tür. Ein Telegrammbote steht davor. „Für Herrn Dr. Burgdorf...“

Sie nimmt das Telegramm und geht zurück. Ihr Herz ist seltsam schwer.
 (Fortsetzung folgt)

LAND + GARTEN

Aussaat der Einjahrsblumen

Wie erhalten wir stärkere Pflanzen?
 So wie Kleingärtner schon im Herbst verschiedene Gemüse aussäen, um im kommenden Frühjahr zeitiger das erste Gemüse zu haben, so ist es auch möglich, Einjahrs- oder Sommerblumen zur Überwinterung im Freien jetzt bis Anfang November hinein auszusäen. Die Samen keimen meist erst im Frühjahr, bringen dann aber kräftigere Pflanzen, die früher und schöner blühen, als die April- und Maiassaten.

Für die herbstliche Aussaat kommen folgende Blumen in Frage: Gefüllte Sonnenblumen, Seidenmohn, Kalifornischer Mohn (Schscholtz), Jungfer im Grünen (Nigella), Schmuckkörbchen (Cosmos), Ringelblume (Caulis), Adonisröschen, Rittersporn, Lein- kraut (Silene), Sommergoldlack, wohlriechende Wicke.

Die Beete sind wie üblich vorzubereiten, jedoch nicht mit frischem Düng zu düngen. Wir verbessern aber mit Komposterde, ist sie nicht in ausreichender Menge vorhanden, so geben wir sie wenigstens in die Saatreihen. Bei lehmigem Boden, der stark verkrustet ist, das leichte Bedecken des Samens mit Komposterde oder Sand unerlässlich. Es ist notwendig, das ausgesäte Saatgut gut vor Mäusen und Vögeln zu schützen. (Mennigen)

Futterwuchs sichert Reserven für den Winter

Wie wird der Strohsilo angelegt?

Fällen müssen behelfsmäßige Einsäuerungsverfahren Verwendung finden.

Für die in größerem Umfang anfallenden Grünfuttermengen in großräumlichen und Großbetrieben kommt der Strohsilo in Frage. Bei diesem wird durch mit Stangen verbundene Pfosten eine feste Umrahmung geschaffen, gegen die von innen Preßstrohhallen oder Strohgarbe gestellt werden. Der Strohsilo wird auf möglichst festem, trockenem Boden zu ebener Erde angelegt und als unterste Schicht zum Aufsaugen des Sickersaftes Spreu oder Kaff aufgebracht. Zum Einführen der Trettiere läßt man am besten eine Stirnseite offen. Vielfach wird empfohlen, beide Stirnseiten offen zu lassen, damit man dann mit dem Wagen direkt in den Silo hineinfahren kann. Zweifelloser hat man dadurch arbeitstechnisch eine Erleichterung geschaffen, aber diese Erleichterung geht doch sehr auf Kosten einer sauberen Einsäuerung, denn einmal wird, namentlich in feuchten Jahren und auf schweren Böden, viel Schmutz mit in den Futterstock hineingebracht, zum anderen ist das ordnungsgemäße Verteilen der Grünmassen in Frage gestellt; das Futter bleibt nämlich da liegen, wo es gerade hinfällt, vielleicht wird noch etwas darauf herumgetreten und dann ist die Sache abgetan.

Ein richtiges Festtreten des Futterstockes ist eben nur dann möglich, wenn das Futter gleichmäßig verteilt wird, wobei laufend ein Trettier festtritt. Das ist besonders bei den behelfsmäßigen Einsäuerungsverfahren wichtig, weil ja bei diesen der große Eigendruck, den die Grünmasse in festen Behältern erfahren würde, wegfällt.

Nun noch ein Wort zur Breite der Strohsilos, weil diese aus arbeitstechnischen Gründen von Bedeutung ist. Wird der Strohsilo so angelegt, daß man von beiden Seiten an ihn heranfahren kann, dann sollte er eine Breite von 7 m nicht überschreiten. Kann man allerdings nur von einer Seite heran — wenn man beispielsweise für die zweite Längsseite die Wand einer Scheune benutzt hat, was sich sehr gut machen läßt. — dann sollte die Breite höchstens 3 bis 3,5 m betragen. Bei breiteren Silos entstehen nämlich Schwierigkeiten bei der Verteilung des Futters. In der Länge sind keine Grenzen gesetzt, er kann beliebig lang sein.

Eine weitere Möglichkeit der behelfsmäßigen Einsäuerung von Grünfuttermengen ist in Erdgruben gegeben, die aber nur in Frage kommen, wenn es sich um die Einsäuerung kleinerer Mengen von Grünfutter handelt. Beim Grubenbau werden Erdgruben von 1,20 bis 1,50 m Breite und etwa 0,80 bis 1,0 m Tiefe in grundwasserfreiem Boden ausgehoben. Die Länge richtet sich nach der einzusäuernden Futtermenge. Zur Berechnung der Abmessungen für Erdgrube und Strohhülle mag als Anhaltspunkt dienen, daß für 7 bis 8 dz zusammengepreßtes Grünfutter 1 cbm Rauminhalt erforderlich ist.

Zur Auskleidung der Erdgruben, um eine Verschmutzung des Futters möglichst zu verhindern, ist es sehr angebracht, sog. Silopapier zu verwenden. Das ist eine Art starkes Packpapier, das zur besseren Dehnfähigkeit gekreppelt ist. Zur Widerstandsfähigkeit gegen Nässe und die als Sicherungszusatz verwendete Säure ist das Papier imprägniert. Auch bei der Erdgrube ist es ganz angebracht, wenn man auf den Boden der Grube eine Schicht Kaff oder Spreu aufbringt.

Die Abdeckung, sowohl die des Strohsilos als auch die der Erdgrube, geschieht zuerst mit einer Schicht Spreu, worauf dann noch Lehm aufgetragen wird. Man sollte aber in den ersten 14 Tagen bis 3 Wochen täglich den „Verschluß“ prüfen, denn häufig entstehen Risse im Lehm, die dann sofort wieder verschmiert werden müssen; ein luftdichter Verschluss ist unbedingte Voraussetzung für das Gelingen der Gärung. — Was die Sicherheitsausätze anbelangt, so müssen bei allen einseitigen Futtermengen, wie Klee, Wicken, Luzerne u. dgl. solche zur Anwendung kommen, während bei den zucker- und stärkehaltigen Futtermitteln, wie z. B. Mais, ein Zusatz nicht erforderlich ist. Als Zusatzmittel kommen Amasil, Defulose u. ä. in Frage.

Die Einsäuerung von Grünfutter, das im Herbst reichlich anfällt und oft nicht genügend ausgenutzt wird, schafft hochwertige Futterreserven für die Zeit der Winterfütterung und futtermangelhaften Zeiten. Den Tieren kann somit ein gleichmäßiges Fütterungsverhalten geboten werden, so daß die Milchleistung gleichmäßig verläuft.

Die Bekämpfung des Frostspanners

Man beachte die Spinn- und Fraßstellen am Laub

Mit Herannahen des Herbstes soll wieder auf die große Gefahr aufmerksam gemacht werden, die die Raupen des Frostspanners an dem Laub vor allem des Steinobstes vom Frühjahr ab verursachen. Solche Fraßstellen können sich bis zum Kahlfraß steigern. Wo Fraßstellen beobachtet wurden, handelt es sich hauptsächlich um die Larven des Frostspanners. In der Bekämpfung dieses Schädling wird die Flugunfähigkeit des Weibchens ausgenutzt. Die beim Eintreten der ersten schwachen Nachfröste am Stamm hinaufkriechenden Weibchen werden durch die bekannten Leimringe abgefangen. Dadurch unterbleibt die Befruchtung durch die Männchen, die durch die Baumkronen fliegen und auf die Weibchen warten, und die Eiablage, so daß der betreffende Baum durch diese sicher wirkende Falle vor dem Raupenfraß im nächsten Frühjahr geschützt ist.

Um wirksam die Frostspanner-Schädlinge bekämpfen zu können, ist es erforderlich, sich kurz mit ihren Lebensgeschichten zu befassen. Von den beiden Arten tritt der Kleine Frostspanner in ganz Deutschland auf, während sich der Große Frostspanner mehr auf Süddeutschland beschränkt. Beides sind Nachschmetterlinge, von denen nur die Männchen flugfähig sind. Bei der Fortbewegung fallen die Spannerraupen durch die katzenbuckelartige Krümmung ihres Körpers auf; von diesem Spannen ihres Körpers her haben sie ihren Namen erhalten.

Unter dem Kleinen Frostspanner haben die Obstbäume am häufigsten zu leiden. Das geflügelte Männchen spannt etwa 3 Zentimeter, der Außenrand der Flügel ist gebogen. Vorder- und Hinterflügel sind verschieden gefärbt. Während diese nur fahlgrau sind, sind die Vorderflügel altrotlich-grau gefärbt und mit teils deutlichen, teils verwachsenen Wellenlinien durchzogen. Die Körperlänge des Weibchens beträgt etwa 7 mm, ihre Flügelstummel sind graubraun und weiß bestäubt. Im Spätherbst, also zur Zeit der ersten Fröste, verlassen die als Puppen im Erdboden ruhenden Spanner ihr unterirdisches Dasein. Die Weibchen kriechen langsam an einem Baumstamm empor, wo sie nachts von den fliegenden Männchen aufgesucht werden. Nach der Be-

fruchtung erfolgt die Eiablage an den Blatt- und Blütenknospen. Im zeitigen Frühjahr entschlüpfen den Eiern die Spannerraupen, anfangs hellgrau, doch nach den Häutungen hellgrün mit weißen Rückenlinien. Die Raupen zernagen anfangs die Knospen, fressen später die Blätter mehr oder minder stark an, und umspinnen diese dabei mit feinen Fäden. Im Juni werden die Raupen den Kirschen gefährlich, indem sie das Fruchtfleisch und den jungen Stein zernagen. Ende Juni läßt sich die Raupe an einem Faden herunter und verpuppt sich flach im Boden der Baumscheibe.

Ihren Fraß nehmen die Raupen an zahlreichen Laubgehölzen vor, außer an hochstämmigen Bäumen auch an Sträuchern und Hecken.

Der vor allem im Südtteil Deutschlands verbreitete Große Frostspanner hat nahezu die gleiche Lebensgeschichte. Das Männchen mit einer Flügelspannung von 4 Zentimeter hat geradrandige Vorderflügel mit lichtocker-gelber Grundfarbe, worauf ein breiter, brauner Querstreifen verläuft. An der Großen Spannerraupe fällt vor allem der rotbraune Kopf auf; auf dem hellgelben Körper ist ein rotbrauner Streifen schwarz eingefaßt. Im Herbst ist die Flugzeit bereits früher als bei dem Kleinen Frostspanner, oft schon Ende September, was für das Anlegen der Leimringe zu beachten ist. Die Große Spannerraupe frißt an nicht zusammengesponnenen Blättern.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß zur Bekämpfung der Frostspanner neben der direkten Methode mit Fangen mittels Leimringen auch vorbeugende Maßnahmen wertvoll sind. Da Hecken, Buschwerk usw. viel von diesen Schädlingen befallen werden, haben sie die Möglichkeit, immer wieder die Obstbestände zu befallen. Man halte solche Anlagen den Obstgärten fern. Außerdem locke man in starkem Maße die Singvögel in den Gärten durch Anbringen von Nistkästen und Unterhalten von Futterstellen, besonders im Winter. Singvögel stellen den Raupen in ihren verschiedenen Stadien stets eifrig nach. Sie sind überhaupt unsere beste Gartenpolizei, die wir hegen und pflegen sollten, auch wenn sie im Sommer mal an die Kirschen geht.

Vorarbeiten für die Herbstbestellung

Die volle Ausnutzung der Kraft des Schleppers

Zu den Vorarbeiten für die Herbstbestellung gehört auch das Herrichten der Drillmaschine. Es erscheint deshalb notwendig, möglichst bald die Drillmaschine für Wintergerste oder Winterroggen abzubauen und danach die Aussaatmenge festzustellen. Wenn man zu starke Aussaat vermeidet, ist die Gefahr der Auswinterung und die späteren Lagerung zum großen Teil behoben. Es empfiehlt sich auch, Drillschlitten oder Drillschube an den Drillscharen als Tiefenbegrenzer anzubringen.

Bei Roggen wird man so viele Schare wählen, daß man ihn auf 11 cm ausdrillen kann. Er wird weder gehackt, noch geegat und soll deshalb schnell decken. Enggedrillter Roggen wintert außerdem nicht so leicht aus und übersteht Dürreperioden besser. Da er die Sonne sehen will, sollte man möglichst für Roggen keine neuen Scharspitzen verwenden, die ihn zu tief unterbringen. Auch Winterweizen und Wintergerste, die nicht gehackt werden können, sollte man eng drillen.

Gesetztes Land schützt die Saat mehr vor der Auswinterung als ein milder Winter. Bei der Herbstfurche soll deshalb am Schlepperpflug der Untergrundpacker hängen, der bekanntlich am schnellsten für den erforderlichen Bodenschluß sorgt. Im Spannbetrieb wird es nur selten möglich sein, mit dem Packer zu arbeiten, weil sein Zugkraftbedarf zu groß ist. Hier muß der Packer durch Ringel- oder Rauwalzen ersetzt werden.

Zum Setzen des Ackers nach dem Walzen sind sechs Wochen erforderlich. Hier kommt es also auf eine recht frühe Herbstfurche ganz besonders an. Wo Untergrundpacker nicht vorhanden sind, hilft man sich auch durch mehrfachen tiefen Durchhegen der Schläge mit großen, schweren Eggen in schneller Schleppergangart.

Überhaupt sollte man sich gründlich überlegen, wie es gelingt, die vorhandene Kraft des Schleppers voll auszunutzen. Mehrschichtiges Pflügen und die Kopplung der Geräte ist der Weg, der dabei zum Ziele führt. Auch im Spannbetrieb sollte man, wenn irgend möglich, zweischarig pflügen. Es ist auf jeden Fall besser, mit drei Pferden zweischarig zu arbeiten, als zwei Pferde vor einen Einscharpflug zu spannen. Auch hier ist die Zugkraft des öfteren noch nicht so ausgenutzt, daß der Pflug nicht mit einer Egge oder, wo erforderlich, mit einer Walze gekoppelt werden könnte.

Saatgut beizen!

Die Beizung des Winterweizens ist in der Landwirtschaft seit vielen Jahren allgemein üblich, da man erkannt hat, daß im Herbst starke Schäden durch Steinbrand auftreten können, wenn man die vorbeugende Beizung des Saatgutes unterlassen hat.

Die Beizung des Roggens hat sich in der Landwirtschaft in den ruhigeren Lagen bereits eingeführt, da man weiß, daß gebeizter Roggen besser überwintert als ungebeizter.

Aber auch das Frühjahrgetreide lohnt die Saatgutbeizung, da durch diese auch bei Sommergerste und Hafer die Pilzkrankheiten vorbeugend bekämpft werden können.

So hatte gerade der Hafer in den letzten Jahren in zunehmendem Maße durch Befall von Haferflugbrand zu leiden, so daß durch diese Krankheit schon manche Ernteaussfälle entstanden sind. Man wird in den meisten Fällen ja die einfache Trockenbeizung wählen, weil man hierbei das Saatgetreide auf Vorrat beizen kann, ohne daß noch ein Nachtrocknen erforderlich ist. Wer aber das Benetzungsbais- oder Kurznaßbeiz-Verfahren anwenden will, nimmt dazu ein Naßbeizmittel.

Die Saatgutbeizung lohnt immer. Die hierdurch anfallenden Unkosten stehen in keinem Verhältnis zu den Ausfällen, die man zu vermeiden hat, wenn man glaubt, die vorbeugende Saatgutbeizung einsparen zu können.

Weniger Verluste bei der Dungverrottung

Gut gelagert — Geld gespart

Die Naturwissenschaft hat in langwierigen Untersuchungen bezüglich der Verrottung des Düngers wertvolle Entdeckungen gemacht. Die Lagerung und Reifmachung des Düngers muß deshalb so geschehen, daß die Düngerverluste auf ein Minimum gebracht werden.

Wer seinen Düng, sei er gekauft oder durch Viehhaltung selbst erzeugt, in einer flachen Erdgrube oder als freien Haufen lagert, muß allein schon hierdurch einen Gewichtsverlust bis zu 50 Prozent einstecken. Die Jauche sickert unterhalb des Haufens und Ammoniakdämpfe schicken ihren Stickstoff in die Luft.

Stickstoffverluste vermeidet man nur durch feste Lagerung innerhalb einer betonierten Dunggrube und starker Feuchthaltung. Dabei ist von Wert, daß man den Düng mit Torfmüll oder Komposterde durchschichtet, denn sie vermögen das sich aus der Jauche bildende



Ammoniak festzuhalten. Auch oben eine den Düng abdeckende Erdschicht ist wichtig; sie läßt die Dämpfe nicht abziehen und verhindert ein Austrocknen des Düngers durch Sonne und Wind.

Die aus dem Düng ablaufende Jauche soll so wenig wie möglich mit dem Sauerstoff der Luft in Berührung kommen. Darum läßt man sie am vorteilhaftesten durch eine Auf-



fängeröhre in einen besonderen Behälter, der unmittelbar an der Dunggrube angeschlossen ist, fließen. Die gebogene, weite Eisen- oder Tonröhre muß bis fast auf die Sohle der Jauchegrube reichen. Letzterer gibt man einen gutschließenden Deckel- oder Boblenverschluss. Jauche, die möglichst von der Luft ferngehalten wird, hat pro Liter drei bis fünf Gramm Stickstoff mehr. Da Stickstoffdünger verhältnismäßig teuer sind, ist wohl einleuchtend, daß man für Luftabschluß sorgen muß.

Die nun hier dargestellte Dunggrube, einmal in einfacher (Abb. 2), das andere Mal in verbesserter Ausführung (Abb. 3), soll dem Gartenliebhaber und Siedler als Bausanleitung dienen. Ihre äußere Form zeigt Abb. 1. Die eingangs ausgeführten Gedanken sind bei ihrer Konstruktion maßgebend gewesen.

Die Herstellung erfolgt am besten aus Beton, dem man ein Dichtungsmittel wie Tricoal

oder Cesorit zusetzt. Man hebt eine Grube mit dem erforderlichen Umfang aus und errichtet die Holzverschalung für die Stampfform. Die Seitenwände müssen bei einem Umfang von 3,60 mal 3,00 Meter eine Stärke von 30 Zentimeter haben. Die Vorderseite (Abb. 1) hat nur einen erhöhten Rand zur besseren Handhabung. Es lassen sich aber hier Längsböhlen einsetzen. Die Sohle der Dunggrube hat ein Gefälle zur Jauchegrube. Ein gebogenes Rohr stellt die Verbindung her. Der Jauchehälter ist stets geschlossen zu halten.

Die kombinierte Dung- und Jauchegrube in Abb. 3 von größerem Ausmaß hat als Dunggrube durch eine zu errichtende Zwischenwand zwei Kammern erhalten für alten und frischen Düng. Der Düng ruht hier nicht auf der Betonsohle, sondern auf einem gegen Fäulnis imprägnierten Holzbohlenbelag mit Fugen. Durch diese sickert die Jauche hindurch, gelangt auf die schräge Betonsohle und dann in die gut



verschlossene Jauchegrube. Bei der Grubenkonstruktion (Abb. 3) hat die abfließende Jauche gar keine Berührung mit der Luft, so daß ein reichlicher Stickstoffgehalt gewährleistet ist.